

Europäische Nationalgeschichten

Imre Kertész

Europas bedrückende Erbschaft

Stefan Berger

Narrating the Nation: Die Macht der Vergangenheit

Wolfgang Schmale

Geschichte der europäischen Identität

Attila Pók

Der Kommunismus in Ostmitteleuropa

Uffe Østergård

Der Holocaust und europäische Werte

Andreas Eckert

Der Kolonialismus im europäischen Gedächtnis

Editorial

Die Macht der Vergangenheit sorgt für kraftvolle nationale Narrative, die bis in die Gegenwart wirken. Mit dem Ende der europäischen Teilung entdeckten die jahrzehntelang von der Sowjetunion dominierten Staaten Mittel- und Osteuropas ihre nationalgeschichtlichen Traditionen neu. In der von der Europäischen Union geprägten Hälfte des Kontinents war bereits vor dieser Zeitenwende von „europäischer Identität“ und von „transnationaler Geschichtsschreibung“ die Rede gewesen. Dabei geriet häufig aus dem Blick, dass auch Budapest, Prag, Warschau oder Dresden traditionsreiche mitteleuropäische Metropolen sind.

Die politische Vereinigung von Bundesrepublik und DDR verlief schnell und reibungslos, sie war ohne realistische Alternative. Ungarn, Tschechen und Polen knüpften an die nationale Selbstbestimmung vor dem Zweiten Weltkrieg an. Auch in den baltischen Staaten war die Phase ihrer Souveränität vor der Unterdrückung nationaler Regungen durch die sowjetischen „Befreier“ tief im historischen Gedächtnis verankert. „Proletarischer Internationalismus“ hatte sich nicht verordnen lassen.

Zur jüngeren gesamteuropäischen Vergangenheit gehören neben den beiden Weltkriegen, dem Völkermord an den Juden und der kommunistischen Gewaltherrschaft auch Kolonialismus und Imperialismus. Wie kann vor dem Hintergrund eines solch disparaten, schrecklichen Erbes eine gemeinsame europäische Identität reifen? Der nationale Referenzrahmen erscheint auch bei fortschreitender europäischer Integration bis auf Weiteres als unverzichtbar. Kohärenz in der Vielfalt könnte das Leitmotiv abgeben, um eine viel versprechende, sich allmählich herausbildende europäische Identität im 21. Jahrhundert zu kennzeichnen.

Hans-Georg Golz

Europas bedrückende Erbschaft

Nach den schrecklichen Prüfungen des hinter uns liegenden Jahrhunderts durften wir schließlich auch Zeuge einer unerwarteten und freudigen Wendung sein: Ich meine den unblutigen Zusammenbruch des Sowjetreiches, dieses erschütternde, schwer zu fassende Ereignis, das mit einer ähnlichen Eigen-gesetzlichkeit ablief wie gewaltige Naturer-eignisse, die wir

Imre Kertész entsetzt oder entzückt

Geb. 1929; Schriftsteller; 2002 bestaunen, aber nicht
Nobelpreisträger für Literatur. beeinflussen können.

Als dann die große tö-
nerne Feste zusammengestürzt war, leuchten-
ten Freudenfeuer auf, und überall in Europa
setzte unbekümmertes Feiern ein. Erst nach
dem Abklingen der ersten Euphorie dachte
man auch an die Erbschaft, die entsetzliche
Hinterlassenschaft des dahingeschiedenen
Giganten, und in der Atmosphäre der Be-
klommenheit trat plötzlich die europäische
Idee hervor.

Richtiger gesagt, der Plan einer europä-
ischen Währungs- und Zollunion. Von einer
Idee war nicht die Rede. Eigentlich freuten
wir uns eher darüber, dass das unheilvolle
Zeitalter der Ideen zu Ende gegangen war. Es
schien, dass mit dem Verschwinden des letz-
ten totalitären Reiches auch die letzte totalitä-
re Ideologie ausgelöscht war und der als Irr-
glauben überführte Staatssozialismus in Eu-
ropa keinen Boden mehr hatte. Dafür umso
mehr die Währungs- und Zollunion, dieser
vorsichtige, aber weitsichtige und sinnvolle
Gedanke. Europa hat sich seit Menschengeden-
ken der rationalistischen Tradition ver-
schrieben, und obzwar es auch irrationale
Staatsformen hervorgebracht und absurden
Mächten gedient hat, wurde das später stets
inständig verurteilt. Warum sollte man also
gerade jetzt ein – im Übrigen vollkommen
notwendiges – Institutionensystem wie die

Europäische Union mit einer Idee ausstatten,
es idealisieren, etwa gar *ideologisieren*?

Dieser Pragmatismus jedoch, der die Ver-
handlungssäle beherrschte, aus denen nur
Wortfetzen von Finanzdebatten und das Auf-
den-Tisch-Hauen der ihre Eigeninteressen
verfechtenden Seiten zu vernehmen waren, er-
wies sich als eine Sprache, die viele nicht ver-
standen, in den osteuropäischen Ländern, die
gerade ihre Unabhängigkeit wiedergewonnen
hatten, vielleicht sogar niemand. Diese Länder
blieben sich selbst überlassen, und so seltsam
es klingt, nach der kümmerlichen Sicherheit
unter der fremden Besatzung gewannen Angst
und Ratlosigkeit die Oberhand. Vergebens das
hohle Schulterklopfen, vergebens ertönten
vollmundige Phrasen wie „Es wächst zusam-
men, was zusammen gehört“ – die Wunden
sind bis heute nicht verheilt, und statt einer
Dynamik der Erneuerung ist eher ein ideolo-
gisches Vakuum entstanden.

Es war ein wichtiger Augenblick, denn da-
mals hat sich das Schicksal Europas entschie-
den, unser aller Schicksal, das wir heute unter
dem Eindruck tiefgreifender Veränderungen,
des unerwarteten Zerfalls alter Übereinkünfte,
der Radikalisierung, der Angst vor Terror und
von Ohnmacht durchstehen. Der jugoslawi-
sche Völkermord hat deutlich gemacht, dass
Europa zögert, die bedrückende Erbschaft an-
zunehmen, die der sowjetische Koloss ihm
hinterlassen hat. Einige Jahre lang wagte man
einfach nicht wahrzunehmen, dass sich an den
südosteuropäischen Grenzen bereits die
Schlünde der Apokalypse auftaten, die heute
die ganze Welt zu verschlingen drohen.

Vielleicht sind das starke Worte, doch ich
bin davon überzeugt, dass die Stunde der
Wahrheit gekommen ist, wo statt populistischer
Phrasen, juristischen Hochmuts und
politischer Gesinnungsmanipulation eine
Analyse der Tatsachen erforderlich wäre.
Heutzutage ist viel vom „alten Europa“ die
Rede, von seinen Traditionen, der europä-
ischen Kultur, und es kann kein Zweifel be-
stehen, dass die Krise, ja Spaltung, deren Zeu-
gen wir heute überall in Europa werden kön-

*Aus dem Ungarischen von Kristin Schwamm. Leicht
gekürzte Fassung eines Vortrags zum Auftakt des Kon-
gresses „Perspektive Europa“ in der Akademie der
Künste (in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen
Amt), im Juni 2007.*

nen, größtenteils kultureller Natur ist. Wenn wir bedenken, dass Europa im 20. Jahrhundert doch noch den Sieg davongetragen hat über die totalitären Mächte, die beiden totalitären Ideologien Nazismus und Kommunismus, die seine existentiellen Grundprinzipien bedrohten, ja, dass das neue Jahrtausend gerade im Zeichen dieses Sieges eröffnet worden ist, könnten wir eigentlich zufrieden sein. Andererseits sind diese totalitären Mächte auf dem Boden Europas entstanden, ihre Wurzeln haben sich aus der vergifteten Erde der europäischen Kultur genährt, und es ist die große Frage, ob die europäische Vitalität ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika zu ihrer Bewältigung ausgereicht hätte.

Man könnte sagen, dass dies eine politische und keine kulturelle Frage ist. Vielleicht wäre sie das, sähen wir nicht, dass Europa heute in ganz ähnlicher Weise prinzipiellen Fragen gegenüber steht wie 1919 oder 1938 und ebenso unentschlossen mit ihnen ringt wie damals. Wie ist das möglich, nachdem wir in dem halben Jahrhundert seit dem Zweiten Weltkrieg von nichts anderem gehört haben als von der Wichtigkeit des Gedenkens, den Schrecken des Krieges, den aus dem Holocaust und dem Gulag-System zu ziehenden, uns ständig vor Augen stehenden Lehren, damit sich all die Gräueltaten, wie es heißt, nicht wiederholen könnten?

Zweifelloos ist es nicht leicht zu gedenken. Vor einiger Zeit war ich Besucher einer Ausstellung, in der Dokumente über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht gezeigt wurden, und überraschte mich dabei, wie ich mich, als Fremder dort höflich, mit starrer Miene bemühte, eine distanzierte Haltung zu wahren, damit mich der Schrecken des ausgestellten Materials nicht niederwarf. Sollte ich vergessen haben, dass ich selbst Betroffener und Überlebender dieses Grauens bin? Sollte ich den Geruch der taufrischen Morgendämmerung vergessen haben, wenn die Gewehrsalven erdröhnten? Den Sonntagabend im Lager, wenn die Krematoriumsanwärter noch vom Festtagskuchen träumten? Nicht vergessen, nein, doch nachdem ich es mit Worten gestaltet hatte, war all das ausgebrannt und ruhte irgendwie in mir.

Diese Ruhe gebe ich ungern auf, obwohl eben das erforderlich ist: Denn die Schande,

von der diese Bilder, diese Dokumente sprechen, geht uns ja alle an, egal, ob wir dort waren, wo Menschen ihr eigenes Massengrab schaufeln mussten, um anschließend von ihren Mitmenschen dort hinein geschossen zu werden, oder ob wir nur durch Erbschaft in den Besitz dieser ungeheuerlichen Tatsachen gekommen sind, von denen wir uns nie mehr freimachen können. Ecce homo – das also ist der Mensch? Eines Tages wird er von seiner Frau, seinen Kinder, seinen alten Eltern weggerufen, und am nächsten Tag schießt er schon Frauen, Kinder, alte Menschen in Gruben hinein, auch noch mit offensichtlicher Lust im Gesicht? Wie ist das möglich? Offenbar mit Hilfe eines Hasses, der – zusammen mit der Lüge – zum unentbehrlichen Bedürfnis, zur wichtigsten Seelennahrung des Menschen in unserem Zeitalter geworden war.

Nie war so offensichtlich wie jetzt, dass mindestens zwei Europa existieren, in denen sich die gemeinsame europäische Erfahrung auf zweierlei Art spiegelt. Nach allgemeinem Verständnis ist Demokratie eine politische Ordnung, überdenkt man es jedoch genauer, ist Demokratie mehr Kultur als bloßes System – und das Wort Kultur verwende ich hier gewissermaßen im gärtnerischen Sinn. In Westeuropa sind die Demokratien organisch gewachsen, die Demokratie hat sich als politische Ordnung auf dem Boden gesellschaftlicher Kultur entwickelt, aus wirtschaftlichen, politischen und mentalitätsbedingten Notwendigkeiten, mit Hilfe erfolgreicher Revolutionen oder großer gesellschaftlicher Kompromisse. In Mittel- und Osteuropa dagegen wurde zuerst die politische Ordnung ins Leben gerufen – soweit sie überhaupt ins Leben gerufen wurde –, und die Gesellschaft hat sich in mühevoller, mitunter schmerzvoller Arbeit anzupassen. Aber ist das nicht auch beim so genannten Sozialismus so gewesen? Der wurde in vielen Gebieten direkt auf dem Feudalsystem aufgebaut, und das besonders Groteske dabei ist, dass die zum Staatsglauben erhobene Ideologie völlig im Widerspruch zur Praxis stand. Dieser brutale Widerspruch ließ sich allein mit den Mitteln des Terrors überbrücken, und die Folgen davon sind bis heute zu spüren.

Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass das wirkliche Novum des 20. Jahrhunderts der totalitäre Staat und Auschwitz waren. Der Antisemitismus des 19. Jahrhun-

derts hätte sich die Endlösung noch kaum vorstellen können oder wollen. So lässt sich Auschwitz nicht mit den herkömmlichen, archaischen, um nicht zu sagen: klassischen Begriffen des Antisemitismus erklären. Wir müssen einsehen, dass es keinen organischen Zusammenhang gibt. Unser Zeitalter ist nicht das Zeitalter des Antisemitismus, sondern das Zeitalter von Auschwitz. Der Antisemit unserer Zeit sträubt sich nicht mehr gegen den Juden, sondern er will Auschwitz, den Holocaust. Eichmann hat im Prozess von Jerusalem ausgesagt, dass er nie Antisemit gewesen sei, und wiewohl die Anwesenden an dieser Stelle in Gelächter ausbrachen, halte ich es überhaupt nicht für ausgeschlossen, dass er die Wahrheit gesagt hat. Um Millionen Juden zu ermorden, brauchte der totalitäre Staat nicht so sehr Antisemiten als vielmehr gute Organisatoren. Machen wir uns deutlich: Kein Partei- und Staatstotalitarismus ist ohne Diskriminierung möglich, die totalitäre Form der Diskriminierung ist notwendigerweise der Massenmord.

Es ist nicht leicht, mit der Bürde unserer geschichtlichen Erfahrungen zu leben. Nicht leicht, sich mit der brutalen Tatsache zu konfrontieren, dass jener Tiefpunkt der Existenz, auf den der Mensch zurückfiel, nicht nur die eigenartige und befremdliche Geschichte von ein oder zwei Generationen, sondern zugleich eine generelle Möglichkeit des Menschen darstellt. Uns entsetzt die Leichtigkeit, mit der totalitäre Diktatorsysteme die autonome Persönlichkeit liquidieren und der Mensch sich in ein genau passendes, gefügiges Teil einer dynamischen Staatsmaschinerie verwandelt. Es erfüllt uns mit Angst und Unsicherheit, dass so viele Menschen, gar wir selbst, in einer bestimmten Lebensperiode zu Wesen geworden sind, die wir später als vernünftige, mit Sensorium und bürgerlicher Moral ausgestattete Wesen nicht wiedererkennen, mit denen wir uns nicht mehr identifizieren können und wollen.

Einst war der Mensch das Geschöpf Gottes, eine tragische, erlösungsbedürftige Kreatur. Dieses einsame Wesen hat der ideologische Totalitarismus zuerst zur Masse aufgehen lassen, es dann in den Mauern einer geschlossenen Staatsordnung eingesperrt und schließlich zum leblosen Bestandteil einer Maschinerie degradiert. Es bedurfte keiner Erlösung mehr, weil es keine Verantwortung

mehr für sich selbst trug. Die Ideologie beraubte es seines Kosmos, seiner Einsamkeit und der tragischen Dimension des menschlichen Schicksals. Zwängte es in ein determiniertes Dasein, in dem die Herkunft, die Zuordnung zu einer Rasse oder Klasse sein Schicksal bestimmte. Und mit dem menschlichen Schicksal wurde es auch der menschlichen Realität, des Lebens reiner Empfindung beraubt. Verständnislos stehen wir vor den in einem totalitären Staat möglichen Verbrechen, obwohl wir uns nur zu vergegenwärtigen brauchen, in welchem Ausmaß der neue kategorische Imperativ: die totalitäre Ideologie, an die Stelle sittlichen Lebens und menschlicher Vorstellungskraft gerückt war.

Diese problematische Lage ist durch die – notwendige und seit langem erwartete – Osterweiterung der Europäischen Union nicht leichter worden. Die osteuropäischen Völker haben ihre Freiheit erlangt, ohne selbst viel dafür getan zu haben. Gewiss, es gab den Berliner Arbeiteraufstand von 1953, die ungarische Revolution von 1956, den Prager Frühling von 1968, die polnische Solidarność-Bewegung von 1980: allesamt Schulen der Bitterkeit. Ein wichtiges historisches Ereignis ist daran zu erkennen, dass es eine Fortsetzung hat, wie wir von dem französischen Historiker Fernand Braudel wissen. Keines dieser Ereignisse hatte eine organische Fortsetzung. Sie hatten lediglich Folgen: Repression, Ernüchterung, das immer bedrückendere Erleben des Sich-Selbst-Überlassen-Seins, das Sich-Abfinden. Am Schluss glaubten die Völker schon lange nicht mehr, ihr Schicksal ändern zu können. Alle wünschten den Zusammenbruch, aber niemand glaubte daran, niemand *tat* etwas dafür. Und nachdem er erfolgt war, ohne von ihnen herbeigeführt worden zu sein, sahen sie sich mit flimmernden Augen und ziemlich verständnislos, wenn nicht sogar befremdet in der neuen Situation um.

Gerade weil sie sich ihre Freiheit nicht selbst erkämpft hatten und ihre Werte, die vor allem als nationale und individuelle Überlebensstrategien gedient hatten, auf einmal unbrauchbar, wenn nicht gar als beschämende Kollaboration erschienen, erlebte ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Gesellschaft die Freiheit, die ihr in den Schoß gefallen war, eher als Zusammenbruch. Und als sie nach Stütze suchend den westeuropäischen Demo-

kratien die Arme entgegenstreckten, reichte es dort nur für einen kurzen Handschlag, ein ermutigendes Schulterklopfen. Westeuropa konnte sich nicht entscheiden, was es mit seinen osteuropäischen Nachbarn anfangen sollte, und das wirkte von diesen aus gesehen als Arroganz, die mit der Gekränktheit des armen Verwandten hingenommen wurde. Mit dem Erhalt der Freiheit wurde daher nicht so sehr der Geist der Erneuerung freigesetzt als vielmehr jener der schlechten Vergangenheit, des Ressentiments, des Wiederaufreißens uralter nationaler Wunden, manchenorts in Form von in Mord und Genozid ausartender nationalistischer Raserei, andernorts als verhaltener, hinter der Maske der Demokratie verborgener Nationalismus.

Selbst Skeptiker, die schlimmsten Schwarzscher waren verblüfft über die Vitalität längst begraben geglaubter Ideen, längst überwunden gewählter Verhaltens- und Denkweisen. Es war, als hätte man bei der mit Mühe und Disziplin vollbrachten lautlosen Weltexplosion ein wichtiges Element des Fusionsprozesses vergessen, das nun, aus der Kette gelöst, zischend um sich selber kreist wie eine aus einem früheren Krieg zurückgebliebene und plötzlich wieder aufglommende Granate. Wer hätte geglaubt, dass sich die „samtene Revolution“ für die osteuropäischen Völker als Zeitmaschine erweisen würde, die mit ihnen nicht vorwärts, sondern rückwärts in die Zeit abhebt, und dass sie ihre Kinderspiele nun dort fortsetzen würden, wo sie sie etwa 1919, am Ende des Ersten Weltkriegs, abgebrochen hatten? So als wäre inzwischen nichts geschehen, als hätte sich in der Zwischenzeit nicht die blutigste und traumatischste Geschichte Europas abgespielt, an der auch sie, und gerade sie, höchst aktiv und überaus leidtragend teilgehabt, über die sie sich jedoch niemals Rechenschaft gegeben, die sie lieber schnell vergessen hatten.

Kein Zweifel, am Anbruch des 21. Jahrhunderts sind wir uns in ethischer Hinsicht selbst überlassen. Das in einem höheren Sinn verstandene Heil des Menschen liegt außerhalb seiner geschichtlichen Existenz – nicht jedoch in der Vermeidung geschichtlicher Erfahrungen, im Gegenteil, in ihrem Erleben, ihrer Aneignung und der tragischen Identifizierung mit ihnen. Allein das Wissen kann den Menschen über die Geschichte erheben, in Zeiten entmutigender, uns jede Hoffnung

nehmender Allgegenwart totalitärer Geschichte ist das Wissen die einzig würdige Rettung, das einzige *Gut*. Nur im Lichte dieses erlebten Wissens sind wir in der Lage uns zu fragen, ob wir aus alledem, was wir begangen und erlitten haben, Werte schöpfen können – zugespitzt formuliert: ob wir unserem eigenen Leben einen Wert beimessen oder es vergessen wie an Amnesie Leidende, vielleicht sogar wegwerfen wie Selbstmörder? Denn der radikale Geist, der den Skandal, die Schmach und die Schande zur Erbmasse des menschlichen Wissens macht, ist zugleich auch ein befreiender Geist, und er betreibt die restlose Aufdeckung der Nihilismussuche nicht, um diesen Kräften das Feld zu überlassen, sondern im Gegenteil, weil er dadurch seine vitalen Kräfte reicher werden sieht.

Nun kann man mir vorwerfen, dass ich hier keinen einzigen konkreten, mit Händen greifbaren Vorschlag äußere. Tatsächlich verstehe ich weder etwas von Politik noch von Ökonomie noch von Administration. Ich weiß nicht, wie die Flüchtlingsfragen, die sozialen Probleme, die Einbeziehung der ärmeren Länder und ihrer wertvollen Menschen zu lösen sind, ich weiß nicht, wie der Terrorismus beseitigt und ein neues System der Sicherheit geschaffen werden kann. Eines aber weiß ich bestimmt: Eine Zivilisation, die ihre Werte nicht deutlich erklärt oder ihre erklärten Werte im Stich lässt, geht den Weg des Verfalls, der Altersschwäche. Dann werden bald andere diese Werte verkünden, und in den Mündern dieser anderen werden sie nicht mehr Werte sein, sondern Vorwände zu uneingeschränkter Macht und Zerstörung. Wir sind uns selbst überlassen, und weder himmlische und noch irdische Wegweiser leiten uns; wir müssen uns unsere Werte selbst schaffen, Tag für Tag, durch jenes ausdauernde, obzwar unsichtbare Wirken, das solche Werte schließlich ans Tageslicht bringt und zu einer neuen europäischen Kultur zu weihen vermag. Denke ich an das künftige Europa, stelle ich mir ein starkes, selbstsicheres Europa vor, eines, das immer zu verhandeln bereit, doch nie opportunistisch ist. Vergessen wir nicht, dass Europa aus einem heroischen Entschluss heraus geboren ist: als Athen sich entschloss, sich den Persern entgegenzustellen.

Stefan Berger

Narrating the Nation: Die Macht der Vergangenheit

Die Bildung von Nationalstaaten war und ist auf das Engste verbunden mit der Konstruktion einer möglichst homogenen und stolzen Vergangenheit, die sich in den Tiefen der Urzeit verliert. Dieser Zusammenhang ist durchaus kein Phänomen der Moderne.¹

Stefan Berger

Dr. phil., geb. 1964; Professor für deutsche und vergleichende europäische Geschichte an der School of Languages, Linguistics and Cultures, The University of Manchester, Oxford Road, Manchester M13 9PL, England/UK.
stefan.berger@manchester.ac.uk

Mittelalterliche englische Chronisten wie etwa William of Malmesbury formulierten bereits deutliche Ideen einer politisch und kulturell einheitlichen Nation, die ein bestimmtes Territorium umfasste und spezifische Institutionen, Interessen und Werte vertrat.² Parallelen finden sich in Frankreich, Norwegen, Schweden, Katalonien und in vielen anderen Gebieten Europas, die im Mittelalter eine ausgeprägte Schriftkultur aufwiesen und Formen von Staatlichkeit kannten. Die europäischen Humanisten formulierten im 15. und 16. Jahrhundert bereits einen umfassenden Katalog von nationalen Erinnerungen, Symbolen und Mythen.³ Während der Reformation wurde die Nationalgeschichte zur wichtigen intellektuellen Waffe im Kampf gegen den Universalismus Roms.

Und doch bestreiten die meisten Nationalismusforscher heute nicht, dass der Nationsdiskurs mit der amerikanischen und französischen Doppelrevolution Ende des 18. Jahrhunderts eine neue Qualität gewann. In der europäischen „Sattelzeit“ (Reinhart Koselleck) am Ausgang des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts gaben eine Reihe von Faktoren der Nation neues Gewicht: Bessere und

schnellere Kommunikationsstrukturen und Transportverbindungen ermöglichten eine Massenmobilisierung in ganz neuem Umfang. Die Industrialisierung, Säkularisierung und der Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft boten dem Nationsdiskurs einen neuen Referenzrahmen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Schulpflicht, der Buchdruck und die Ideen des Liberalismus ließen den Nationsbegriff in neuem Licht erscheinen. Die Nation wurde zunehmend sakralisiert, und der Nationsbegriff verband sich mit politischen Partizipationsforderungen des Bürgertums und unterer sozialer Schichten.⁴

Der Übergang zur Moderne sieht nicht nur die Revolutionierung des Nationsdiskurses, sondern auch die Etablierung der Geschichtswissenschaft als eigenständige Disziplin mit Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, die den Historikern wiederum einen privilegierten Zugang zur Interpretation der Vergangenheit erlaubte. Dieser Anspruch erlaubte es professionellen Historikern, sich als Gralhüter der Nation zu stilisieren. Natürlich waren ihre umfänglichen wissenschaftlichen Werke nicht unbedingt massenwirksam. Bis heute schreiben Historikerinnen und Historiker weitgehend für Kollegen und Studierende, und nur wenige erreichen ein historisch aufgeschlossenes Laienpublikum. Aber Historiker waren eben immer auch als Redenschreiber, Redner und Journalisten tätig und erlangten so eine Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik.

Insgesamt war eine national orientierte Geschichtswissenschaft immer dort besonders wichtig, wo es eine starke Korrelation zur In-

¹ Zur Tiefenwirkung des Nationalismus vgl. Avieli Roshwald, *The Endurance of Nationalism. Ancient Roots and Modern Dilemmas*, Cambridge 2006.

² Vgl. John Gillingham, *Civilising the English? The English Histories of William of Malmesbury and David Hume*, in: *Historical Research*, 124 (2001), S. 17–43.

³ Vgl. Johannes Helmrath/Ulrich Muhlack/Gerrit Walther (Hrsg.), *Diffusion des Humanismus. Studien zur nationalen Geschichtsschreibung europäischer Humanisten*, Göttingen 2002.

⁴ Eine herausragende Einführung zu modernen Nationsbildungsprozessen bietet Miroslav Hroch, *Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich*, Göttingen 2005; siehe auch Joep Leerssen, *National Thought in Europe. A Cultural History*, Amsterdam 2006.

stabilität bzw. Unsicherheit nationaler Diskurse gab. Je ungewisser die nationale Identität, desto notwendiger schien die Vergewisserung der nationalen Vergangenheit und desto bedeutsamer war die Geschichtswissenschaft. Im Großbritannien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts bildeten Protestantismus, Imperialismus, das Meer und die *splendid isolation* sowie die Abgrenzung von mächtigen Kontinentalstaaten (Frankreich, Deutschland) die Folie für einen extrem stabilen und kaum hinterfragten Nationsdiskurs. Die Geschichtswissenschaft entwickelte sich spät und wurde nie zur Leitwissenschaft. Debatten um die nationale Vergangenheit blieben peripher. Eine kaum hinterfragte *Whig historiography* bestimmte die meisten nationalen Narrative.¹⁵ Ein Gegenbeispiel zu Großbritannien ist Deutschland. Mit der späten Nationalstaatsbildung im 19. Jahrhundert ging die Rivalität verschiedener Nationalstaatskonzepte mit unterschiedlicher historischer Unterfütterung einher: Klein- und großdeutsche Ideen vermischten sich mit politischen Konzeptionen (liberal, konservativ, sozialistisch) und sich zum Teil ausschließenden konfessionellen Nationsdiskursen.

War also die Geschichtsschreibung als Gralshüterin der Nation nicht überall in gleichem Maße gefragt, so fand man doch im Verlauf des 19. Jahrhunderts in nahezu jedem Winkel Europas Bemühungen um eine Funktionalisierung der Nationalgeschichte im Sinne bestehender oder noch zu schaffender Nationalstaaten. Von staatlicher Seite propagierte Nationalgeschichten waren in noch jungen Nationalstaaten, etwa in Deutschland, Italien oder auch Norwegen, besonders beliebt. Als im Jahre 1811 die neue Universität von Oslo gegründet wurde, gab es dort nur 18 Professoren, von denen allerdings gleich zwei Geschichtsprofessoren (mit dem Schwerpunkt norwegische Geschichte) waren.¹⁶ Doch war der Staat nie der einzige und manchmal nicht einmal der dominante Motor der Nationalgeschichten in Europa. Zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bürgerlicher und aristokratischer

Kreise, später auch der Arbeiterbewegung, verdanken wir eine Reihe von bedeutenden europäischen Nationalgeschichten. Sie waren besonders wichtig an Orten, an denen die Institutionalisierung und Professionalisierung der Geschichtswissenschaft erst spät einsetzte, etwa in Großbritannien, und dort, wo sich die Nationalgeschichten gegen bestehende Imperien durchzusetzen hatten, also besonders in Ostmittel- und Osteuropa. Zivilgesellschaftliches Engagement konnte dabei oftmals Vorläufer nationaler Institutionen sein. So gehen z. B. die Ursprünge der Ungarischen Akademie der Wissenschaften auf die 1826 gegründete Ungarische Wissenschaftliche Gesellschaft zurück.¹⁷

Die unterschiedlichen Professionalisierungsgrade der Geschichtswissenschaft in Europa hatten wichtige Auswirkungen auf das spezifische Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Propagierung der Nationsidee. Die frühe Professionalisierung in Deutschland bedeutete gleichzeitig Politikferne und Staatsnähe, während die relativ späte Professionalisierung auf dem Balkan umgekehrt Politiknähe und Staatsferne (gegenüber dem imperialen Staat) produzierte. Politiker waren hier oft die ersten Historiker, da sie in der Funktionalisierung der Historie eine wichtige Waffe für ihre politischen Forderungen nach Errichtung einer eigenen Nation fanden. Eine Überlapung von Historiker- und Politikerkarrieren findet sich im 19. Jahrhundert auch in den westlichen Nationen, besonders in Frankreich. Doch mit zunehmender Professionalisierung wurden diese Karrieresprünge seltener.

Deutlichstes Zeichen der Verwissenschaftlichung der Nationalgeschichte waren die Regale füllenden Sammlungen von Quellen und Dokumenten, die in vielen europäischen Ländern des 19. Jahrhunderts erschienen, oftmals nach dem Modell der deutschen „*Monumenta Germaniae Historica*“. Institutionenbildung führte zur Errichtung von historischen Seminaren an Universitäten sowie von nationalen Archiven und Akademien. Die wissenschaft-

¹⁵ Vgl. Jürgen Osterhammel, Epochen der britischen Geschichtsschreibung, in: Wolfgang Küttler/Jörn Rüsen/Ernst Schulz (Hrsg.), *Geschichtsdiskurs*, Bd. 1: Grundlagen und Methoden der Historiographiegeschichte, Frankfurt/M. 1993, S. 157–188.

¹⁶ Vgl. William H. Hubbard/Jan Eivind Myhre/Trond Nordby/Sølvi Sogner (Hrsg.), *Making a Historical Culture. Historiography in Norway*, Oslo 1995.

¹⁷ Zur Institutionalisierung und Professionalisierung der Nationalgeschichte in Europa vgl. Ilaria Porciani/Lutz Raphael (Hrsg.), *Atlas of the Institutions of European Historiographies from 1800 to the Present*, Houndmills 2009 (in Vorbereitung); Ilaria Porciani/Jo Tollebeek (Hrsg.), *Institutions, Networks and Communities of National Historiography: Comparative Approaches*, Houndmills 2009 (in Vorbereitung).

liche Konferenz mauserte sich zum Forum für den wissenschaftlichen Austausch. Die Fußnote wurde zum Ausweis, das historische Seminar zum Labor wissenschaftlichen Arbeitens. Je wissenschaftlicher sich Klio präsentierte, um so größer wurde die Spannung zwischen Historikern als Propheten der Nation und Historikern als transnationale Gemeinschaft von Fachleuten, die um Objektivität bemüht waren in ihren Versuchen, die Vergangenheit so erzählen, „wie es eigentlich gewesen“ (Leopold von Ranke).

Ingredienzen der Nationalgeschichte

Sieht man sich die Nationalgeschichten des 19. und 20. Jahrhunderts näher an, wie es beispielsweise das von der European Science Foundation zwischen 2003 und 2008 geförderte Projekt „Representations of the Past: The Writing of National Histories in 19th and 20th Century Europe“ (NHIST)⁸ getan hat, so ist man erstaunt über die vielen Parallelen, die man bei den Ingredienzen der Nationalgeschichten antrifft. Da sind zunächst einmal die Ursprungsmythen, die für alle Nationalgeschichten ein Muss und zugleich eine schwierige Herausforderung darstellen. Wie der Amsterdamer Historiker Joep Leersen zeigt, haben die wissenschaftlichen Historiker ein Problem mit den Anfängen ihrer Nationalgeschichte, gerade weil sich diese Anfänge im Mythischen verlieren.⁹ Die mythischen Anfänge sind jedoch sehr wichtig, geht es doch in der Nationalgeschichte darum, möglichst ungebrochene Kontinuitäten aufzuzeigen.¹⁰

⁸ Eine ausführliche Projektbeschreibung und Ergebnisse von NHIST finden sich unter www.uni-leipzig.de/zhsesf sowie im Sonderheft der *Storia della Storiografia* 50 (2006) mit dem Titel „Europe and its National Histories“, hrsg. von Stefan Berger und Andrew Mycock. Als Vorsitzender dieses Programms danke ich besonders den Leitern der vier Teams, dem Steering Committee und meinen „co-chairs“ sowie den weit über hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Programms aus mehr als 20 europäischen Ländern. Ihnen allen verdanke ich viele Anregungen, die auch in diesen kurzen Überblick eingeflossen sind.

⁹ Vgl. Joep Leersen, *Setting the Scene for National History*. Ms., presented at the NHIST workshop in Prague, Oktober 2007.

¹⁰ Zum Verhältnis Mythos und Geschichte vgl. auch Chris Lorenz, *Drawing the Line: „Scientific History“ between Myths-Making and Myths-Breaking*, in: Stefan Berger/Linas Eriksonas/Andrew Mycock (Hrsg.), *Narrating the Nation: Representations in History, Media and the Arts*, Oxford 2008 (im Druck).

Nicht nur die Anfänge waren für die Nationalgeschichte ein Problem. Auch ihr Ende war schwer greifbar, muss Geschichte doch offen bleiben. Je nach Standpunkt und Gegenwärtsperspektive nahmen die Nationalgeschichten unterschiedliche Prognosen für den Fortgang der Geschichte vor: Mahnung vor drohendem Abstieg, triumphalistische Selbstbestätigung, Selbstzweifel und Aufruf zur Sammlung von nationalen Kräften – die Strategien unterschieden sich, doch die Zukunftsperspektive war wichtiger Bestandteil aller Nationalgeschichten und ruhte in ihren Erzählstrategien und -strängen. Für letztere war auch die zeitliche Gestaltung von Nationalgeschichte wichtig. Buchzeit war durchaus nicht gleichbedeutend mit „Realzeit“. Manche Jahre, Jahrzehnte oder gar Wochen erhielten eigene Kapitel, während über Jahrhunderte mit einigen Sätzen hinweggegangen wurde. Diese temporale Dimensionierung von Nationalgeschichte gab ihr eine je eigene Färbung.

In der langen Mitte von Nationalgeschichten zwischen problematischen Anfängen und divergierenden Zukunftsperspektiven entwickeln Historiker ein Panorama von Nationalhelden,¹¹ welche die Nation vor inneren wie äußeren Feinden bewahren. Da das Eigene sich immer nur gegen das Fremde definieren kann, waren und sind Feindbilder für die Nationalgeschichte von zentraler Bedeutung. Nicht von ungefähr bilden Kriege und Schlachten wichtige Strukturelemente von Nationalgeschichten. Waren die Nationalhelden zu schwach, unterlag die Nation, und es begann ein dunkles Kapitel in der Nationalgeschichte. Viele dieser Geschichten zeichnen sich durch eine Abfolge von Aufstiegen und Niedergängen der Nation aus. Der Aufstieg kulminiert in einem goldenen Zeitalter, auf das eine Verfallsgeschichte folgt. Solch zyklische Nationalgeschichten, die oftmals dem Modell von Edward Gibbons' berühmter Geschichte vom Aufstieg und Fall Roms zu folgen scheinen, zeichnen sich durch ein organisztisches Denken in Lebensphasen einer Nation aus. Auf die Jugend der Nation folgt die Reife, die übergeht in das Alter und den Abstieg, manchmal gar den Tod der Nation (auf den allerdings meist eine Wiederauferstehung folgt, und sei diese auch nur prognostiziert).

¹¹ Vgl. Linas Eriksonas, *National Heroes and National Identities*. Scotland, Norway and Lithuania, Brüssel 2004.

Das Denken in Lebensphasen verband sich häufig mit der Betonung von Genderperspektiven, besonders der Vorstellung von der Nation als Familie, in der Männer und Frauen, Jungen und Mädchen unterschiedliche, aber durchaus komplementäre Funktionen erfüllten.¹² Auch wenn die Feinde der Nation oftmals feminisiert wurden, so waren Frauen in den Nationalgeschichten Europas durchaus nicht abwesend. Allerdings wiesen Nationalheldinnen, so sie nicht als Musterbeispiel für weibliche patriotische Tugenden fungierten wie etwa Königin Luise, oftmals ausgesprochen männliche Züge auf, man denke nur an Jeanne d'Arc. In seltenen Fällen kam es in der Geschichtsschreibung zu Formen von Selbstfeminisierung. So schrieben österreichische Historiker im 19. Jahrhundert dem eigenen Land eher positive, „weibliche“ Tugenden zu und grenzten es so vom männlich-aggressiven Preußen ab. In den böhmischen Ländern betonten die Historiker gerne die Freiheit der Tschechinnen, die man kontrastierte mit der Unterdrückung der deutschen Frauen. Auch das stereotype Bild von der „geschändeten Nation“ verweist auf die Wirkmächtigkeit von Genderperspektiven in nahezu allen Nationalgeschichten Europas.

Die Nationalhistoriker ließen ihre Vorstellung einer Genderordnung nicht nur in ihre Geschichten einfließen, sie beschrieben auch die eigene Arbeit in geschlechtsspezifischer Manier. So bezeichneten sie etwa Quellen als „Prinzessinnen“, Archive wurden zu „Geliebten“, und so mancher Historiker schenkte seiner Verlobten eher seine letzten Sonderdrucke als Blumen. Thomas Babington Macauley sagte es deutlich: Seine Geschichten waren nicht für Höhere Töchterschulen geschrieben, sondern sollten neue „Schulen für Männer“ begründen. Während die Nationalgeschichten der größeren Nationen Europas häufig mehr in sich und der eigenen Entwicklung ruhen, trifft man bei den kleineren Nationen Europas eine Selbststilisierung als Mittlerin zwischen größeren Nationen oder als kosmopolitischer Treffpunkt verschiede-

ner nationaler Traditionen an. Die belgische Nationalgeschichte bietet hierfür ein hervorragendes Beispiel.

War die Nationalgeschichte im Zeitalter der Aufklärung vor allem Universalgeschichte, und suchte man in der nationalen Entwicklung allgemeinere Prinzipien der Menschheitsentwicklung aufzuzeigen, so war die romantische Nationalgeschichte geradezu obsessiv darum bemüht, das spezifisch Eigene der nationalen Entwicklung von dem jeweils Anderen und Fremden abzugrenzen. Erst jetzt rückte die Frage nach der Authentizität von Sprache, Literatur und Kultur in den Mittelpunkt der Untersuchung. Es begann die Zeit der Konstruktion nationaler Sonderwege in Europa. Die Verwissenschaftlichungsprozesse im 19. Jahrhundert führten zur Dekonstruktion der romantischen Nationalgeschichte durch nachfolgende Historikergenerationen, die wissenschaftlicher arbeiteten, aber meist nicht weniger nationalistisch waren in ihren Perspektiven auf die Nationalgeschichte.

Ideologische und territoriale Gegenkonzepte

Nationalhistoriker waren mit dem Problem konfrontiert, wie sie ihre nationalen Narrative gegenüber anderen Meistererzählungen, vor allem denen der Ethnizität, Rasse, Religion und Klasse, situierten.¹³ Vergleicht man ihre Strategien, so fällt auf, wie erfolgreich sich die nationalen Meistererzählungen ihre Rivalen einverleibten und unterordneten. Nation und Ethnizität waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ohnehin nahezu austauschbare Begriffe, da letztere vor allem mit Kultur, und zwar mit Nationalkultur verbunden wurde. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kam es unter dem Einfluss des Sozialdarwinismus zu einer rassischen Aufladung des Ethnizitätsdiskurses und einer biologistischen Wendung des Kulturalismus. Eine an Rassekriterien orientierte Nationalgeschichte hatte zwar durchaus transnationale Züge (beispielsweise der Arierdiskurs in einer spezifisch nationalsozialistischen Nationalge-

¹² Vgl. Mary O'Dowd/Ilaria Porciani, „History Women“, Sonderheft der *Storia della Storiografia*, 46 (2004), S. 3–203; Bonnie Smith, *The Gender of History: Men, Women, and Historical Practice*, Cambridge, MA 1998; Angelika Epple, *Empfindsame Geschichtsschreibung. Eine Geschlechtergeschichte der Historiographie zwischen Aufklärung und Historismus*, Köln 2003.

¹³ Vgl. Stefan Berger/Chris Lorenz (Hrsg.), *The Contested Nation: Ethnicity, Class, Religion and Gender in National Histories*, Houndmills 2008 (im Druck).

schichte), blieb aber letztlich doch überwiegend einer Überhöhung der Nation verpflichtet.

Obwohl Kirchengeschichte in vielen Staaten Europas eine wichtige Stellung innerhalb der Geschichtswissenschaft einnahm, wurde sie nicht zu einer ernsthaften Rivalin der Nationalgeschichte. Mit der Sakralisierung der Nation im 19. Jahrhundert ging die Nationalisierung religiöser Narrative einher. So wurde etwa in Ländern wie Polen das Leiden der eigenen Nation christlich überhöht (Polen als „Christus unter den Nationen“), während in anderen Ländern eine bestimmte Konfession mit dem spezifischen Charakter der Nation eine symbiotische Beziehung einging (Lutheranischer Glaube in Schweden; Katholizismus in Spanien; Orthodoxie in Rumänien und Russland). Die Befreiung bzw. der Schutz Europas vor nicht-christlichen Religionen wurde zum wesentlichen Sendungsgedanken diverser europäischer Nationalgeschichten (z. B. die Reconquista als religiös-nationale Aufgabe Spaniens). Zwar bedeutete eine liberal-demokratische Nationalgeschichte durchaus eine säkulare Herausforderung für die Religion, und liberale Historiker vollzogen den formellen Bruch mit der organisierten Religion (sehr viel stärker im katholischen als im protestantischen Europa). Aber dennoch: Charakteristisch blieb in weiten Teilen Europas die Einverleibung religiöser Motive in nationale Meistererzählungen.

Die Klassengeschichtsschreibung entstand im 19. Jahrhundert vor allem im Umfeld der Arbeiterbewegungsgeschichte. Hier waren es meist keine professionellen Historiker, sondern Autodidakten wie Eduard Bernstein in Deutschland, Robert Grimm in der Schweiz oder Jean Jaurès in Frankreich, die eine stark politisch funktionalisierte Form der Nationalgeschichte vorlegten. Der zunehmenden Nationalisierung der Arbeiterbewegung Europas entsprach die Nationalisierung der Klassengeschichte, die sich um eine historische Integration der Arbeiter in die Nation bemühte. Sie tat dies, indem sie sich das Streben nationaler Narrative nach innerer Homogenität zunutze machte, um soziale Konfliktlinien innerhalb der Nation als sichtbarstes Zeichen, dass die Nation innerlich unvollendet blieb, zu brandmarken. Auch die Revolutionsgeschichte Europas wurde zunehmend als Nationalgeschichte konzipiert:

1789, 1848 und 1917 wurden zu den jeweiligen Grundpfeilern nationaler Narrative in Frankreich, Zentraleuropa und der Sowjetunion. Eine transnationale Klassengeschichtsschreibung wurde im 20. Jahrhundert nur ansatzweise entwickelt, so etwa am 1935 in Amsterdam gegründeten Internationalen Institut für Sozialgeschichte.

Nun gab es potentiell nicht nur ideologische Gegenkonzepte zur Nation. Auch territoriale Alternativen waren vorhanden. Noch im 18. Jahrhundert gab es mehr Regional- und europäische Geschichten als Nationalgeschichten. Die sich im 19. Jahrhundert immer stärker in den Vordergrund drängenden nationalen Narrative mussten sich gegenüber rivalisierenden räumlichen Identitätsdiskursen situieren.¹⁴ Wiederum fällt auf, wie erfolgreich die Nationalgeschichte andere territoriale Identitätskonzepte vereinnahmte. In Deutschland, Frankreich und andernorts wurde die Region zum Baustein und Markenzeichen der Nation, die sich durch ihre „Stämme“ und Regionen definierte. Imperiale Nationen integrierten die Nation, indem sie ein Kernimperium nationalisierten und von den peripheren Regionen des Imperiums unterschieden.¹⁵ Allein diesem nationalen Kern des Imperiums wurde sodann eine globale zivilisierende Mission zugeschrieben, wie es besonders auffällig für das britische Empire galt. Europäische Sendungs- oder Missionsgedanken wurden ebenfalls ein integraler Bestandteil der Nationalgeschichten. Deutsche Historiker beschworen gerne die kulturelle Mission Deutschlands in Osteuropa.

Unter den Territorialitätskonstruktionen des 19. Jahrhunderts war die der Nation mit Abstand die erfolgreichste. Im Zuge des Imperialismus verbreiteten sich europäische Nationsbegriffe über die ganze Welt, wobei sie oftmals mit indigenen Identitätskonstruktionen territorialer und ideologischer Art konfrontiert wurden. Adaptiert, zurückgewiesen und verändert, blieb die Nation doch der zentrale Referenzrahmen der postkolonialisti-

¹⁴ Vgl. Matthias Middell/Lluís Roua y Aulinas (Hrsg.), *World, Global, European and Regional Histories as Challenges to National Representations of the Past*, Houndmills 2009 (in Vorbereitung).

¹⁵ Vgl. Stefan Berger/Alexei Miller, *Nation Building and Regional Integration, c. 1800–1914: the Role of Empires*, in: *European Review of History*, 15 (2008), (im Druck).

schen Welt, und die Geschichtsschreibung auf allen fünf Kontinenten verschrieb sich der Propagierung nationaler Narrative.¹⁶

Ein konstitutives Merkmal von Nation waren feste Grenzen, aber diese blieben vielerorts in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts stark umstritten. Nationalgeschichten waren daher auch immer Geschichten um Grenzkonflikte und Grenzregionen. Gerade weil die Nation an den Grenzen gestärkt werden musste, konzentrierten sich die Historiker darauf, Grenzverläufe entweder zu rechtfertigen oder in Frage zu stellen und Grenzregionen für die eigene Nationalgeschichte zu vereinnahmen.¹⁷

Da die Grenzverläufe in Westeuropa nach dem Wiener Kongress von 1815 relativ stabil blieben und kaum in Frage gestellt wurden, war dieses Thema in Mittel- und Osteuropa von ungleich größerer Bedeutung. Sich überlappende Nationalgeschichten und Territorien, die für mehr als eine nationale Meistererzählung zentrale Bedeutung hatten, waren hier an der Tagesordnung. Die Konkurrenz um territoriale Vereinnahmung war umso größer, als die Historiker in Mittel- und Osteuropa ihre Nationalgeschichten, anders als in Westeuropa, oftmals nicht an eine lange Geschichte von Staatlichkeit und staatlichen Institutionen hängen konnten. Die Dominanz von Imperien in Mittel- und Osteuropa stellte für die Nationalgeschichte ein Problem des Fluchtpunktes dar. Konnte man Nationalgeschichte nicht anhand von staatlichen Institutionen und Herrschern erzählen, so blieb nur der Fluchtpunkt des Volkes, der Volkssprache und der Volkskultur. Nicht von ungefähr gingen den Nationalhistorikern hier die Grammatiker, Volkskundler und Märchensammler voran.

Der Kampf der Historiker um Grenzen und Grenzverläufe erreichte in der Zwischenkriegszeit seinen Höhepunkt. Durch die in den Friedensverträgen von 1919 festgelegten Grenzverläufe sollte das nationalstaatliche Souveränitätsprinzip auch in Osteuropa seine endgültige Durchsetzung finden. Die komple-

xe ethnische Durchmischung vieler Regionen bedeutete aber, dass unweigerlich ethnische Minderheiten ihnen „fremden“ Nationalstaaten zugeschlagen wurden, obwohl ihre identitäre Loyalität anderen Nationalstaaten gehörte. Besonders in den im Ersten Weltkrieg unterlegenen Staaten wie Deutschland oder Ungarn kam es in der Folgezeit zu einer Geschichtsschreibung, die sich darum bemühte, Argumente für eine Grenzverschiebung unter Verweis auf ethnische und kulturelle Eigenarten von Bevölkerungen zu liefern.¹⁸

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs trugen Historiker dann eine unmittelbare Mitverantwortung für „ethnische Säuberungen“ und Völkermord, machten sie sich doch zu willigen Vollstreckern der Machthaber, die solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Verweis auf historische Argumente gerechtfertigt sehen wollten. Die intensive Rivalität von Nationalgeschichten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann man exemplarisch im Baltikum, auf dem Balkan oder auch an der deutsch-polnischen und der ungarisch-rumänischen Grenzregion anschaulich machen.

Renaissance der Nationalgeschichte

Betrachtet man in groben Umrissen die Entwicklung der Nationalgeschichte in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, so wird man von einer Unterschätzung der nationalen Meistererzählungen auch im 21. Jahrhundert abraten müssen. Nicht nur entwickelten sie eine erstaunliche Fähigkeit, sich andere Meistererzählungen und „*regimes of territoriality*“¹⁹ unterzuordnen, sondern sie zeigten gerade in ihren Auswirkungen auf Grenzkonflikte ihr mörderisches Potential. Bei einem solchen Fazit ergibt sich die Frage nach der Bändigung der negativen Energien der nationalen Vergangenheitsdiskurse fast von selbst. Die Hoffnung einiger vorwiegend deutscher Intellektueller in den 1980er Jahren, dass Europa zu postnationalen Identitätsdiskursen finden würde, hat sich nach dem Ende des Kalten

¹⁶ Vgl. Stefan Berger (Hrsg.), *Writing the Nation. A Global Perspective*, Houndmills 2007.

¹⁷ Vgl. Tibor Frank/Frank Hadler (Hrsg.), *Borders and Nations: Confrontations and (Re-)Conciliations*, Houndmills 2008 (in Vorbereitung).

¹⁸ Zur Volksgeschichte in vergleichender Perspektive siehe Manfred Hettling (Hrsg.), *Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit*, Göttingen 2003.

¹⁹ Charles Maier, *Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era*, in: *American Historical Review*, 105 (2000), S. 807–831.

Kriege weitgehend zerschlagen. Nationale Vergangenheitsdiskurse hatten zentrale Bedeutung für den blutigen Bürgerkrieg in Jugoslawien, die friedliche Trennung von Tschechen und Slowaken, die Grenzkonflikte zwischen Ungarn und seinen Nachbarstaaten sowie den Nationalismus in vielen Staaten des ehemals kommunistischen Mitteleuropas.

Doch die Renaissance nationaler Vergangenheitsdiskurse beschränkt sich durchaus nicht auf Osteuropa. Bereits in den 1980er Jahren kam es in vielen westeuropäischen Staaten in identitätsstiftender Absicht zu einer Wiederbelebung der Gattung Nationalgeschichte.¹²⁰ Sich nationalisierende Regionalismen in Flandern, Katalonien und Schottland fanden zu neuen Formen der Nationalgeschichte, die multinationale Staaten wie Belgien, Spanien und Großbritannien in ihren Grundfesten erschüttern. Zudem gehen von der europäischen Integration und den globalen Migrationsbewegungen Bedrohungsängste aus, die vielerorts zu einer Wiederbelebung von Nationsdiskursen führen.

Libérale Nationalisten zeigen sich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts davon überzeugt, dass es so etwas wie einen guten Patriotismus gibt, den man von seinem missratenen und engstirnigen Bruder, dem Nationalismus, scharf abgrenzen kann. Angesichts der Janusgesichtigkeit nationaler Narrative bleibt dies allerdings fraglich. Nationale Vergangenheitsdiskurse eignen sich vorzüglich, um Feindbildern Nahrung zu geben. Das Umkippen von Patriotismus in Nationalismus bleibt jederzeit eine Möglichkeit und Gefahr. Eines der wichtigsten Argumente liberaler Nationalisten besteht darin, dass jedes Gemeinwesen ein Minimum an Solidarität benötigt, um zu funktionieren. In modernen Staaten bietet die Nation eine solche Unterfütterung von Solidarität: Ohne den Referenzrahmen der Nation stellte sich die Frage, wieso Bürger Steuern zahlen oder sich sonstwie mit anderen solidarisch erklären sollten. Angesichts des Gefahrenpotentials nationaler Vergangenheitsdiskurse scheint mir jedoch die Idee Alan Megills einleuchtender, nach genuin politischen Projekten zu suchen, die solidarisches Handeln un-

terhalb von nationalen (oder anderen) Identitätsdiskursen einfordern.¹²¹

Wenn man in dieser Weise die Nation als Identitätskitt „umschiff“, wo bleibt dann die Nationalgeschichte? Zunächst einmal bestätigt es die Notwendigkeit eines selbstkritischen Nationsdiskurses, wie er sich in den 1960er und 1970er Jahren im Zuge der Aufarbeitung von Faschismus, Völkermord und Kollaboration an vielen Orten in Westeuropa etablierte. Nationalgeschichte sollte dazu beitragen, die Konstruktionen positiver nationaler Vergangenheiten kritisch zu hinterfragen. Die Geschichte der Nation kann nicht mehr heller Leitstern der Geschichtswissenschaft sein, sondern eher eine dunkle Folie, vor der eine verstärkte Suche nach Alternativen zur Nationalgeschichte plausibel wird.

Seit den 1980er Jahren gibt es eine solche Suche nach Alternativen durchaus: Vergleichende Geschichte, Kulturtransfer, transnationale Geschichte, europäische Geschichte, außereuropäische Geschichte und die Geschichte der Imperien wurzeln in einer kritischen Aneignung der Nationalgeschichte. Letztere wird nicht zuletzt durch solche neuen methodischen und inhaltlichen Zugänge immer mehr zu einem zersprungenen Spiegel, in dessen Fragmenten sich ein kaleidoskopisches und nicht-essentialistisches Nationsverständnis spiegelt.¹²² Hier wird deutlich, dass Nationalgeschichten zwar immer noch Homogenität strebten, aber letztendlich doch nur unterschiedliche Grade von Heterogenität produzierten.

Der Versuch, Meistererzählungen als verbindlich festzulegen, führte immer wieder zu Gegenentwürfen. Oppositionelle, alternative Formen von Nationalgeschichte standen neben Formen von Geschichtsschreibung, welche die Nationalgeschichte nicht in den Mittelpunkt stellten. Nationalgeschichte als Infragestellung nationaler Identitätskonstruktionen könnte auch für die Geschichtswissenschaft von morgen ein lohnendes Betätigungsfeld sein.

¹²¹ Vgl. Alan Megill, *Historical Representation, Identity, Allegiance*, in: S. Berger u. a. (Anm. 10).

¹²² Für Deutschland vgl. Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, *Shattered Pasts: Reconstructing German Histories*, Princeton 2003.

¹²⁰ Vgl. Stefan Berger, *A Return to the National Paradigm? National History Writing in Germany, Italy, France and Britain from 1945 to the Present*, in: *Journal of Modern History*, 77 (2005), S. 629–678.

Geschichte der europäischen Identität

Von innen betrachtet besitzt Europa keine Identität. Es gibt nicht nur *ein* Europa, sondern mehrere: das der Europäischen Union (EU), des Europäischen Wirtschaftsraums, der Westeuropäischen Union (WEU), der (Rest-)EFTA, des Europarats; das der OSZE und der NATO, zwei Organisationen, an denen nicht nur europäische Staaten beteiligt sind. Die Identitätsfrage lässt sich sinnvollerweise nur in Bezug auf Europa in Gestalt der EU stellen. Zwar reichen ihre derzeit 27 Mitgliedsstaaten nicht an die derzeit 46 des Europarats heran, aber nirgendwo kann ein höherer Grad an Integration, institutioneller und konstitutioneller Verdichtung, ja Verflechtung festgestellt werden als in der EU. Für die meisten europäischen Staaten, die noch nicht EU-Mitglied sind, spielt deshalb die Perspektive eines Beitritts eine entscheidende Rolle, die über die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der kommenden Jahre mitentscheidet.

Wolfgang Schmale

Dr. phil., geb. 1956; Ordentlicher Universitätsprofessor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Wien, Institut für Geschichte, Dr. Karl Lueger-Ring 1, 1010 Wien/Österreich. wolfgang.schmale@univie.ac.at

Der Attraktivität der EU steht eine endlose Folge von inneren Krisen gegenüber, die immer wieder am Ziel der europäischen Einheit verzweifeln lassen. Der Vertrag von Lissabon beendet nun zwar, wenn ihn alle Länder ratifizieren, die Krise um den Verfassungsvertrag, die das „Nein“ der Franzosen und Niederländer 2005 ausgelöst hatte, aber er trägt den Keim neuer Krisen in sich, da einzelnen Ländern Ausnahmen zugestanden wurden, die juristisch gesehen Grauzonen gleichen. Man könnte das Thema ironisch abkürzen, indem man feststellt, dass „Krise“ ofenkundig Europas Identität ausmacht.

Von außen betrachtet stellen sich die Verhältnisse völlig anders dar. Im Zusammenhang der Debatte um den Irakkrieg veröffentlichte Robert Kagan ein Buch, das auf Grund des hohen Bekanntheitsgrades seines Autors Furore machte.¹ Der Titel der zeitgleich erscheinenden deutschen Ausgabe „Macht und Ohnmacht“ verwischt die Identifizierung Europas mit „Paradies“ und der USA mit „Macht“ bzw. „Schutzmacht Europas“. Die Metapher des Paradieses leitet sich aus der Realisierung von Frieden und Wohlstand sowie aus dem Verzicht auf die bis zum Zweiten Weltkrieg für Europa typische, rücksichtslose Machtpolitik ab. Dieses Paradies konnte nach 1945 nur unter dem militärischen Schutz der USA entstehen, die gewissermaßen die Tore zum Paradies bewachten und noch immer bewachen. In der Vorstellungswelt vieler afrikanischer Migranten, die ihr Leben in seeuntüchtigen Booten aufs Spiel setzen, nimmt der Vergleich Europas mit dem Paradies, mit paradiesgleichen Lebensbedingungen, ebenfalls einen wichtigen Platz ein.

Dessen ungeachtet ist in Europa die Neigung, EU-Europa als Paradies zu betrachten und damit auch eine eindeutige Identität zu besitzen, wenig verbreitet. Der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors (1985 bis 1995) fasste diesen „Mangelzustand“ in das Bild von der „Seele“, die Europa gegeben werden müsse. Sieht man von früheren Einzelschritten und Akten wie dem Dokument über Europäische Identität, das auf dem Kopenhagener EG-Gipfel im Dezember 1973 veröffentlicht wurde, ab, so betreibt die EU² seit den 1980er Jahren eine Identitätspolitik, die sich ganz der Insignien eines auf Einheit beruhenden Staates bedient. Man könnte sagen, die Identitätspolitik der EU richtet sich an der durchschnittlichen Identitätspolitik eines Nationalstaates aus: Flagge, Hymne, Europatag, Devise, EU-Staatsbürgerschaft drücken symbolisch die Einheit aus. Die allenthalben vorherrschende Vielfalt, die als Mitursache der häufigen Krisen erscheint, wird immer wieder auf die

¹ Vgl. Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003; Original: *Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order*, New York 2003.

² Das Kürzel wird im Folgenden auch dort benutzt, wo die Vorgängerinnen EG und EWG gemeint sind.

Möglichkeit und Machbarkeit von Einheit hin „gescannt“. In der Tat setzt der gängige Begriff von Identität ein hohes Maß an Einheit mit sich selbst, an In-sich-eins-sein, voraus, ganz gleich, ob es sich um die Identität eines Individuums oder um die eines Kollektivs handelt.

Historisch gesehen gab es Zeiten, in denen „Europäische Identität“ als Selbstverständlichkeit galt. Seit dem 15. Jahrhundert haben sich zwei aufeinander folgende Identitätskonzepte entwickelt: Europa als Christliche Republik (in der Frühen Neuzeit) und Europa als Kultur (seit der Aufklärung). In beiden Fällen spielt die Konstruktion und Definition des Fremden und Anderen eine entscheidende Rolle. Rufen wir uns in aller Kürze die historischen Situationen in Erinnerung.¹³

Christliche Republik in der Frühen Neuzeit

Im 15. Jahrhundert kreuzten sich mehrere Entwicklungen. Obwohl bereits im Mittelalter „Europa“ als geographische Bezeichnung existiert hatte, wurde der Kontinent vorwiegend im Kontext der Welt als solcher gesehen: Beliebt waren Weltkarten, in denen die Erde, bestehend aus den drei Kontinenten Asien (nahm in der Regel 50 Prozent der Fläche ein), Afrika („rechtes“ unteres Viertel) und Europa („linkes“ unteres Viertel), als Körper Christi fungierte: Kopf, Hände und Füße waren die des Sohnes Gottes, der restliche Körper wurde mittels der Erde, des Erdkörpers dargestellt. Erst seit dem 15. Jahrhundert wurde Europa immer mehr für sich wahrgenommen und selbständig auf Karten dargestellt, gewissermaßen aus dem – nivellierenden – Zusammenhang der mittelalterlichen Weltkarte, in der Jerusalem den Mittelpunkt bildete, herausgenommen. So lässt sich anhand der Kartographie feststellen, wie sich Europa seiner selbst bewusst wurde.

In der selben Zeit weitete sich der Blick: Portugiesische Seefahrer rückten Meile für Meile, Jahr für Jahr, längs der Küste Afrikas immer weiter bis zum Äquator und dann

südlich des Äquators vor. Ende des 15. Jahrhunderts, 1492, „entdeckte“ Kolumbus Amerika und eröffnete damit eine neue Weltsicht. Außer Asien, über das die Europäer schon immer mehr gewusst hatten und für das sie sich schon immer näher interessiert hatten, stellten Afrika und der „neue“ Kontinent Amerika neue Eckpfeiler im Bezugssystem der Europäer dar. Es wurde eine Neuverortung Europas erforderlich, welche die Bildung eines Bewusstseins von sich selbst, von Europa, im Vergleich zu den anderen Kontinenten beförderte. Der Vergleich führte im Übrigen zu einem Rückschluss auf die Überlegenheit Europas und der Europäer im Weltssystem.

Das Vordringen der Osmanen aus dem „Morgenland“ schließlich erhöhte den Druck, sich selbst zu definieren. Die Osmanen galten als Heiden. Im Kriege waren sie nicht zu schlagen, sie drängten die Grenzen der Christenheit zurück, reduzierten aus der europäischen Perspektive die Christenheit auf Europa. Militärisch, so schien es, bedurfte es des Zusammenhalts der europäischen Staaten, wenn die „Türkengefahr“, wie es damals hieß, gebannt werden sollte. Insoweit verwundert es nicht, wenn Begriffe wie „Haus“ und „Vaterland“ auftauchten, um Europa im Kontext der „Türkengefahr“ zu bezeichnen. Indem die Christenheit und der Kontinent Europa beinahe in eins gefallen waren – als Symbol dafür gilt der Fall Konstantinopels 1453 –, setzte sich das Verständnis von Europa als „Christliche Republik“ durch. Gemeint war die Gemeinschaft der christlichen europäischen Staaten. Der Kontinent Europa wurde als der von Gott geschaffene geographische Körper dieser Christlichen Republik interpretiert. Dahinter steht eine vollkommen essentialistische Vorstellung von Identität. Getragen wurde diese Identitätsvorstellung von einer nicht einmal kleinen alphabetisierten Bevölkerung, die quer durch Europa auf vielfältige Weise miteinander verflochten war und eine Art von „europäischem Demos“ darstellte.

Dieser bestand aus den untereinander verheirateten Herrscherdynastien wie dem Haus Österreich (Habsburger), den Valois bzw. Bourbonen (Frankreich) oder den Medici (Italien); neben vielen anderen größeren und kleineren Fürstenhäusern sind auch die Stuarts, die Oranier, die Wasa, die Wettiner

¹³ Vgl. zum Folgenden Wolfgang Schmale, Eckpunkte einer Geschichte Europäischer Identität, in: Julian Nida-Rümelin/Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien, Baden-Baden 2007.

zu nennen. „Angehängt“ waren zahlreiche Verwandtschaften, adlige und nichtadlige Gruppen und Klientelschaften, die in einem engeren Zusammenhang mit diesen Dynastien standen (Patronagesysteme, Hofgesellschaften, Amtsträger, ökonomische Auftragnehmer wie Künstler, Gelehrte und Handwerker, religiöse Orden, die Kirchen). Es handelte sich um die sozialen Gruppen, die über Bildung und Wissen(schaft) verfügten, die politische, ökonomische, soziale, kulturelle und religiöse (kirchliche) Macht innehatten oder um diese miteinander kämpften bzw. durch die Vernetzung im Rahmen der Klientel-, Patronage-, Auftrags- und Verwandtschaftensysteme in relativer Nähe zur Macht standen.

Die Selbstdefinition Europas als Christliche Republik in einer Welt voller Heiden und Ungläubigen wurde im 16. Jahrhundert, dem Zeitalter der so genannten Glaubensspaltung, sowohl von Katholiken als auch von Protestanten verwendet; sie überstand den Dreißigjährigen Krieg und fand sich bis weit ins 18. Jahrhundert hinein in den europäischen Friedensverträgen. Die vom russischen Zaren, also einem orthodox-gläubigen Christen, 1815 auf dem Wiener Kongress initiierte Heilige Allianz (zunächst zwischen dem katholischen Österreich, dem orthodoxen Russland und dem protestantischen Preußen gegen Frankreich geschlossen, später dann aber gerade um Frankreich erweitert) modernisierte das Konzept von Europas Identität als einer Christlichen Republik ein letztes Mal.

Europäische Kultur der Aufklärung

In der Zwischenzeit hatte infolge der Neudefinition des Kulturbegriffs in der Aufklärung des 18. Jahrhunderts die Gleichsetzung europäischer Identität mit „europäischer Kultur“ immer mehr Anhänger gewonnen. Der erwähnte europäische Demos der Frühen Neuzeit wurde im Lauf der Zeit durch Bürger, „Freiberufler“ und „Intellektuelle“ angereichert, soziale Gruppen, die Teil des europäischen Kommunikationsnetzwerkes im Zeitalter der Aufklärung waren oder wurden. Seit der Aufklärung waren es die durch ihre Interessenlage kommunikativ, sozial und ökonomisch miteinander verflochtenen gesellschaftlichen Gruppen, welche die Aufklärung in ihren vielen Facetten trugen, die sich durch die typische Geselligkeit der Aufklärung aus-

zeichneten und die ein der Selbstdefinition als „europäisch“ bedürftiges grenzüberschreitendes Kollektiv bildeten. Dieses europäische Kollektiv kann als Demos der Aufklärung bezeichnet werden.

Es ist kein Zufall, dass die Strukturveränderungen des europäischen Kollektivs, das an einer Selbstdefinition Interesse besaß – vom Demos der Frühen Neuzeit hin zu jenem der Aufklärung –, vor allem seit dem 18. Jahrhundert mit der Vorstellung von „europäischer Kultur“ als europäischer Identität zusammenhängen. Als Identitätselement wurde vornehmlich die Europa als Erdteilallegorie verwendet. Sie wurde mit einer Unzahl von Attributen ausgestattet, welche die als wesentlich erachteten Errungenschaften der europäischen Kultur darstellten. Die Attribute der Europa materialisierten, was man sich unter „europäischer Kultur“ im Einzelnen vorstellte: Kunst, Wissenschaft, Gelehrsamkeit, Kriegskunst, die Expansion in überseeische Gebiete, der natürliche Reichtum, Christlichkeit, auch das politische System, und vieles anderes mehr.

Europas Kultur im Sinne europäischer Identität wurde in den zahlreichen Kulturgeschichten der Epoche von Johann Christoph Adelung über Gottfried Herder und Immanuel Kant bis Voltaire dargelegt. Zumeist wurde die Entwicklung der europäischen Kultur in die Geschichte der Menschheit eingebettet, was eine gute Gelegenheit bot, Europas Überlegenheit im Kulturvergleich auszuweisen. Gemeinsam ist den Kulturgeschichten, dass sie erstmals eine zusammenhängende Geschichte Europas schufen, in der die transnationalen und nationalgeschichtlichen Elemente in einer systematischen Darstellung im Zusammenhang gesehen wurden.

Der Demos der Frühen Neuzeit und der Demos der Aufklärung stellten trotz ihrer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung begrenzten sozialen Basis etwas dar, was als *europäischer Demos* bezeichnet werden kann. Kriterien sind die europäische Vernetzung, die aktive Teilhabe an den richtungweisenden Diskursen, gemeinsame politische Grundansichten, gemeinsame Auffassungen über Europa, ein gemeinsames Interesse an der Selbstdefinition über Europa, ein gemeinsames Identitätselement. Im Gegensatz zum Demosbegriff in demokratischen Staatswesen, wie

wir ihn heute verwenden, besaß die Mehrzahl der Mitglieder beider historisch aufeinander folgender Demoi keine direkten und formal abgesicherten politischen Mitbestimmungsrechte – was nicht bedeuten muss, dass es ihnen an politischem Einfluss gefehlt hätte; man denke nur an die wichtigsten Aufklärer.

Schon in der Aufklärung hatte sich das Ende der frühneuzeitlichen Einigkeiten angekündigt. Dieses Ende fällt dann in die Epoche der Französischen Revolution in Europa. Das bezieht sich auf alle oben genannten Kriterien, auf denen die Bestimmung der beiden frühneuzeitlichen europäischen Demoi basiert. Seit der Revolution lassen sich diese Kriterien auf eine ganze Reihe soziopolitisch charakterisierbarer, europäisch vernetzter Gruppen anwenden, die oftmals in Konkurrenz zueinander standen, eine Konkurrenz, die nicht selten in bewaffnete Konflikte mündete. Wir haben es mit europäischen Kollektiven zu tun, die Europas Identität unterschiedlich definierten: (1) die dem Legitimitätsprinzip folgenden Monarchen, die bis zu einem gewissen Grade das frühneuzeitliche Kollektiv des europäischen Demos fortführten – ihre europäische Identität wird mit dem Begriff der Heiligen Allianz ausgedrückt; (2) das liberale Bürgertum, das den politischen, ökonomischen, sozialen und religiösen Liberalismus zur europäischen Identität machte; (3) die Demokraten und oftmals mit diesen die republikanischen Geheimbündler und die Friedensbewegung des 19. Jahrhunderts, die ausgehend vom Grundgedanken der Brüderlichkeit der politisch emanzipierten europäischen Völker (Nationen) die Identität Europas in den angestrebten *Vereinigten Staaten von Europa* erkannten; (4) im Verlauf des 19. Jahrhunderts kristallisierten sich weitere europäische Kollektive mit ganz anderen Zielsetzungen heraus: die Arbeiterschaft, die „Intellektuellen“, die „Kapitalisten“ (europaweit tätige Unternehmer und Bankiers), die (zumeist universitären) Wissenschaftler.

Obwohl die Trennungslinien unscharf waren – ein im 19. Jahrhundert berühmter Autor wie Conrad von Schmidt-Phiseldek verband *Heilige Allianz* und *Vereinigte Staaten von Europa* –,¹⁴ vermehrten sich innereu-

ropäische Exklusionen, insbesondere in Richtung Osteuropa und Balkan (ausgenommen Griechenland), und die jeweiligen Zielsetzungen klappten immer weiter auseinander. Anders als zu Zeiten des europäischen Demos der Frühen Neuzeit und des Demos der Aufklärung war Europa für sich kein gemeinsames Ziel mehr. Übrig geblieben waren Vorstellungen von europäischer Kultur, die im Zeitalter der Weltausstellungen gelegentlich noch einmal durch die Verwendung der Europafigur (als Erdteilallegorie) wie etwa auf der Pariser Weltausstellung von 1878 visualisiert wurden.¹⁵ In den Diskursen der verschiedenen europäischen Kollektive hielten sich zumindest im Hinblick auf eine kulturelle Identität gewisse Schnittmengen, allerdings bedrängten rassistische Gesichtskonzeptionen nun zunehmend die in der Aufklärungsepoche entwickelte Vorstellung von einer kulturellen europäischen Identität.

Europäisten im 20. Jahrhundert

Aus Angst vor dem politischen, ökonomischen und kulturellen Untergang Europas bildete sich nach dem Ersten Weltkrieg in Gestalt der verschiedenen Europabewegungen und -interessengruppen ein neues europäisches Kollektiv, das der Europäisten. Viele Schriftsteller zählten dazu, nicht zuletzt Thomas Mann. Mit den Europabewegungen und -interessengruppen der Zwischenkriegszeit (1918–1939) wurden deutlich mehr Menschen in die Europadebatte einbezogen und aufgefordert, über die eigene europäische Identität nachzudenken und für deren Erhalt zu wirken. Die Bewegungen vernetzten auch die Politik (Parteien, Regierungen) mit sehr unterschiedlichen Interessen- und Sozialgruppen.¹⁶ Bedeutsam bleibt, dass die Widerstandsgruppen des Zweiten Weltkriegs und die Föderalisten der 1940er und 1950er Jahre an die Europäisten der Zwischenkriegszeit anknüpften und deren Weg fortsetzten.

Małgorzata Morawiec/Wolfgang Schmale/Winfried Schulze (Hrsg.), *Europa-Historiker. Ein biographisches Handbuch*, Bd. 1, Göttingen 2006.

¹⁵ Diese und andere Erdteilallegorien sind auf dem Vorplatz des Musée d'Orsay in Paris aufgestellt.

¹⁶ Vgl. als Modellstudie Anita Ziegerhofer-Prententhaler, *Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren*, Wien 2004.

¹⁴ Vgl. zu Schmidt-Phiseldek Winfried Schulze/Gerd Helm, Conrad Georg Friedrich Elias von Schmidt-Phiseldek (1770–1832), in: Heinz Duchhardt/

Geradlinig verlief die Entstehung dieses neuen europäischen Kollektivs nicht: Die Europäisten der Zwischenkriegs- und der Kriegszeit stammten aus einem sehr breiten politischen Spektrum, von sozialistisch bis rechtskonservativ. Dieses umfasste den politischen Katholizismus ebenso wie den politischen Protestantismus, in der Zwischenkriegszeit auch jüdische Intellektuelle. Am rechten Rand bestanden anfangs keine klaren Grenzziehungen zu Antidemokraten, Faschisten, Falangisten und Nationalsozialisten. Vor allem die Nationalsozialisten entwickelten aus propagandistischen und machstrategischen Erwägungen heraus Europakonzepte – die gemessen an den Traditionen von Europakonzepten allerdings als antieuropäisch zu charakterisieren sind –, die in Deutschland selbst sowie bei den zahllosen Kollaborateuren in Europa und bei den deutschen und nicht-deutschen Kämpfern in der Waffen-SS nicht ohne Wirkung blieben. Einzelne Funktionsträger der Nationalsozialisten wie Baldur von Schirach mit seinem Europäischen Jugendverband, dessen Gründungskongress vom 14. bis zum 18. September 1942 in Wien stattfand, versuchten, die Grundlagen für ein europäisch-nationalsozialistisches Kollektiv zu schaffen, doch wurde dies nicht zuletzt von Hitler selbst unterbunden, da jede Form von Vernetzung auch die Teilung von Herrschaft erfordert und keine unumschränkte Herrschaft, wie Hitler sie verfolgte, zugelassen hätte.

Die Europäisten im europäischen Widerstand stellten kein homogenes europäisches Kollektiv dar, doch bauten sie unter Lebensgefahr Vernetzungsstrukturen auf und diskutierten Fragen eines künftigen, einigen Europas. Im Vergleich zu der Zeitspanne, die von den Revolutionen von 1848 – diese Revolutionen hatten aufgrund ihres Kausalzusammenhangs eine starke europäische Komponente, führten aber im Endeffekt zu mehr Nationalismus – bis in den Zweiten Weltkrieg reicht, gelang den Mitgliedern der Widerstandsgruppen – ob nun in Frankreich, Italien, Deutschland, dem Londoner Exil, in Genf oder anderswo – eine Überbrückung der weltanschaulichen Differenzen. Selbst ein Teil des kommunistischen Widerstandes nahm für rund drei Jahre an dieser Überbrückung der Gegensätze teil.¹⁷ Auch wenn nach

dem Krieg kein europäischer Bundesstaat entstand und Europa ideologisch in zwei Blöcke geteilt wurde, blieb die Überbrückungs- und Vernetzungsleistung des Widerstandes eine historische. Sie bestand unter anderem darin, gegenüber einem rund 150-jährigen Prozess zunehmender Enteignung und Konflikteskalation in Europa eine Alternative aufgezeigt und diese im Rahmen der eng begrenzten Möglichkeiten des Agierens und Lebens im Untergrund oder in der Haft praktiziert zu haben.

Der Europäismus der Nachkriegszeit gründete im Wesentlichen auf den Europäismus des Widerstands, aber er erreichte immer breitere Kreise in Politik, Wirtschaft, Kultur und bei den Kirchen. Die führende Rolle von Sozialisten bzw. Sozialdemokraten sowie Christdemokraten, nicht zu vergessen die Liberalen, bei der Formulierung von Europakonzepten im Widerstand während des Zweiten Weltkriegs unterstützte die Verankerung des Europäismus bei den Volksparteien in der Nachkriegszeit. Gegenüber der Zwischenkriegszeit konnten neue soziale Schichten für das Ziel der europäischen Einheit und Einigung gewonnen werden. Ungeachtet der Differenzen, wie diese Einheit genau aussehen sollte, entwickelten sich wieder Bedingungen, wie sie zur Zeit des europäischen Demos der Frühen Neuzeit und des Demos der Aufklärung gegolten hatten: Europa selber als Ziel, als europäisches Kollektiv, das seine Identität mittels Europa definiert. Angestoßen durch den Europarat wurde schließlich ein Identitäts- und Harmonie-Emblem geschaffen, die allseits bekannte Europaflagge mit zwölf goldenen Sternen, im Kreis auf blauem Grund angeordnet. Allen religiösen Konnotationen, die mit der Zahl Zwölf verbunden werden, sind von Seiten des Europarats wie der EU, die das Emblem übernommen hat, offiziell immer Absagen erteilt worden; das Emblem symbolisiere Einheit und Harmonie. Wie dem auch sei, es handelt sich heute um das einzige Identitäts- und Harmonie-Emblem, das sich gegen alle anderen Vorschläge durchgesetzt hat.

Diese Entwicklung beschränkte sich zwischen 1945 und 1989 im Wesentlichen auf die demokratischen europäischen Länder. Aber auch im Ostblock überlebte der Europe-

¹⁷ Die beste Dokumentation ist zu finden bei Walter Lipgens (Hrsg.), *Documents on the History of Euro-*

pean Integration. Vol. 1: *Continental Plans for European Union 1939–1945*, Berlin-New York 1985.

danke und formierten sich Personennetzwerke. Vor allem die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wirkte sich in dieser Beziehung positiv aus.¹⁸ Als 1989/90 die Zeitenwende eintrat, musste die Vereinigung des Kontinents im Zeichen der Demokratie keineswegs bei Null ansetzen.

Europäische Identität im 21. Jahrhundert

Was „lehrt“ uns diese recht kurze „Geschichte europäischer Identität“? Ich habe die transnationalen und staatenübergreifenden historischen Etappen herausgestellt. Die Detailbetrachtung ergab, dass wir es im Lauf der Jahrhunderte immer wieder mit einem Phänomen zu tun haben, das mit Recht als „europäischer Demos“ bezeichnet werden kann. Im historischen Vergleich existiert auch heute ein europäischer Demos, selbst wenn die Kritiker bestimmte Bedingungen hierfür nicht erfüllt sehen. So wird das – vermeintliche? – Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit beklagt. Ferner sei eine europäische Staatsbürgerschaft mehr oder weniger unverbindlich, da die national definierte Staatsbürgerschaft die maßgebliche und entscheidende geblieben sei. Im historischen Vergleich haben wir heute nicht weniger europäischen Demos als zu früheren Zeiten, nachdem er zwischen durch – im 19. und frühen 20. Jahrhundert – beinahe verlorengegangen war. Die Forderung von Jacques Delors, Europa eine „Seele“ zu geben, findet hier ihren Anknüpfungspunkt, denn er zielte ja auf die Europäerinnen und Europäer, auf den europäischen Demos.

Was kann der Kern der künftigen europäischen Identität des europäischen Demos sein – nach der „Christlichen Republik“ in der Frühen Neuzeit und der „Kultur“ mit und seit der Aufklärung? In der Zwischenkriegszeit, im Widerstand im Zweiten Weltkrieg sowie im Zuge der Europäischen Integration seit 1945 wurden die Weichen in Richtung einer großen, letztlich staatlichen europäischen Gemeinschaft gestellt. Die Grenzen dieser Zielsetzung werden immer wieder durch die Nationalstaaten Europas aufgezeigt. Staatlich und verfassungstypologisch stellt die EU ein schwer fassbares Etwas dar,

mit dem man sich ebenso schwer identifizieren kann. Infolgedessen wandte sich die Identitätspolitik der EU, die im Prinzip seit 1973 betrieben wird, vermehrt den angenommenen Gemeinsamkeiten in der europäischen Geschichte und Kultur, dem so genannten kulturellen Erbe, der Förderung der Bildung eines europäischen Gedächtnisses sowie der Formulierung und Propagierung gemeinsamer Werte zu.

Genau genommen wird Europas Identität neuerlich in „Europäischer Kultur“ gesehen, wobei der Kulturbegriff gegenüber der Aufklärungsepoche eine Bedeutungsverschiebung erfährt. Kultur wird heute in Anknüpfung an Max Weber semiotisch definiert: Unter Kultur wird all das verstanden, was die Sinngebungen, die Herstellung von Sinn und Bedeutung, und Zielsetzungen bestimmter menschlicher Gemeinschaften symbolisch ausdrückt. Dieser Kulturbegriff ist sehr offen gefasst, er setzt weniger auf Einheit und Einigkeit überall, sondern lässt Vielfalt zu, sofern Kohärenzen geschaffen werden. Darum geht es – um Kohärenz in der Vielfalt, weniger, sehr viel weniger um Einheit in der Vielfalt, wie es das Motto der EU etwas unpassend ausdrückt.

Kohärenz stellt zweifellos eine Möglichkeit, eine Realisierungsform von Identität dar. Vielfalt als das Eigentliche Europas akzeptieren, soviel Kohärenz wie irgend möglich erzeugen, soviel Einheit wie nötig suchen – in diesem Dreieck wird sich die europäische Identität des werdenden europäischen Demos Gestalt geben. Zu unterstreichen ist für die Gegenwart der Praxisbezug, die Realisierung von europäischer Identität: Sowohl die Christliche Republik wie Europa als Kultur (im Sinne der Aufklärung) waren Imaginationen geblieben und konnten es bleiben. Die EU als Rahmen und ggf. als Ausdruck europäischer Identität ist hingegen praxeologisch (rational und entscheidungslogisch) zu betrachten: Sie stellt einen realen Praxisrahmen dar, innerhalb dessen Vielfalt und Kohärenz realisiert werden.

¹⁸ Vgl. dazu Peter Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt/M. 1999.

Der Kommunismus in ostmitteleuro- päischen National- geschichten

Kommunistische Politik und kommunistische Ideologie beanspruchen „Internationalismus“.¹ Nach kommunistischer Auffassung und der politischen Rhetorik sind die Klassensolidarität und die internationale Solidarität der Proletarier viel bedeutsamer als ihre jeweiligen nationalen Zugehörigkeiten.

Attila Pók

Dr. phil., geb. 1950; Generalsekretär des Vereins Ungarischer Historiker; stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; Professor für Zeitgeschichte am Europa-Institut Budapest, Rákóczi út 5, 1088 Budapest/Ungarn. apok@tti.hu

Jahrzehntelang erschien auf den Titelseiten der Tageszeitungen kommunistischer Parteien die Losung: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ In der „brüderlichen Gemeinschaft“ der Länder des sowjetischen Blocks in Ostmitteleuropa waren ernsthafte Versuche engerer „internationalistischer“ Zusammenarbeit unerwünscht. Symbolische „Freundschaftstreffen“, Reisen mit „Freundschaftszügen“, spektakuläre Ereignisse wie beispielsweise die „Weltjugendtreffen“ oder internationale Treffen „fortschrittlicher“ Intellektueller hatten mit wahrem Internationalismus wenig zu tun.

In der politischen Praxis, besonders bei Agitation und Propaganda (Agitprop), wurde dagegen die nationale Karte oft und mit Nachdruck ausgespielt. Imperialisten und Kapitalisten aller Art wurden als Feinde der Nationen dargestellt. Das führte zu einer sehr selektiven Geschichtsauffassung: Die Deutschen beispielsweise galten in vielen offiziellen und semioffiziellen kommunistischen Narrativen als die traditionellen und seit dem frühen Mittelalter gefährlichsten Feinde der ostmitteleuropäischen Nationen – abgesehen natürlich von den Bürgerinnen und Bürgern

der Deutschen Demokratischen Republik, dem ersten demokratischen und friedliebenden Staat auf deutschem Boden. In derselben Propaganda war der russische Imperialismus ein Kennzeichen des Zarenreiches, während die Sowjetunion als Garant der Freiheit der sozialistischen Länder und Nationen erschien. Die Sowjetunion war der wichtigste Unterstützer (mit Wort und Tat) der Freiheitskämpfe aller unterdrückten Völker auf allen Kontinenten. Die kommunistische Propaganda in nationalen Farben erschien glaubwürdiger als der abstrakte Internationalismus der weltweit ausgebeuteten Arbeiter. „Derselbe sozialistische Inhalt in vielen nationalen Formen“, lautete eine oft gehörte Parole.

Geschichtskämpfe seit 1988/91

Der unablässige Hinweis auf die historische Notwendigkeit des weltweiten Sieges des Kommunismus unter der Leitung der Sowjetunion war ein wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Propagandarbeit. Nach vielen Jahrzehnten unter dem Einfluss dieser Propaganda stellte die Interpretation des Zusammenbruches des sowjetischen Imperiums eine immense Herausforderung für die Intellektuellen der ostmitteleuropäischen Völker dar. Konflikte über die Bewertung historischer Ereignisse spielten eine Schlüsselrolle beim Übergang zur Demokratie. Auf der Alltagsebene führte das häufig dazu, dass die Behandlung der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg vorläufig vom Geschichtsunterricht in den Schulen ausgenommen wurde. In der Sowjetunion wurden bereits im Mai 1988 die Prüfungen in Geschichte vorübergehend ausgesetzt.²

In allen Ländern des ehemaligen sowjetischen Blocks haben Fragen der Nationalgeschichte, die historische Positionierung der völlig unerwarteten Ereignisse einen prominenten Platz in den tagespolitischen Auseinandersetzungen eingenommen. Überall wurde

¹ Die Argumentation dieses Aufsatzes profitierte erheblich vom großen Quellenmaterial des Buches von Helmut Altrichter (Hrsg.), *Gegen Erinnerung. Geschichte als politisches Argument*, München 2006, und von den Forschungsergebnissen im Rahmen eines Projektes der European Science Foundation: *Representations of the Past: The Writing of National Histories in Europe*, geleitet von Stefan Berger/Manchester, UK; vgl. auch den Text von Berger in diesem Heft.

² Vgl. H. Altrichter (ebd.), S. IX.

beklagt, dass die von der Sowjetunion unterstützten Kommunisten und ihre Ideologie die schönsten und heldenhaftesten nationalen Traditionen verdrängt hätten. Parallel dazu kam es zur Aufklärung sowjetischer Gewalttaten gegenüber den ostmitteleuropäischen Nationen, etwa die Ermordung polnischer Offiziere in Katyn im April/Mai 1940 oder der Terror (massenhafte Vergewaltigungen und Deportationen von Zivilisten) in den von der Sowjetarmee besetzten Gebieten während der Endphase des Zweiten Weltkriegs. Auch in diesem Sinne erschien der Kommunismus als Zerstörer der wertvollsten nationalen Traditionen. Viele Politiker forderten die Wiederentdeckung und den Wiederaufbau der so lange verleugneten Nationalgeschichten.

Im Zuge dieser Entwicklung kam es zu spektakulären Ereignissen, welche die postkommunistischen Auffassungen von nationalen Geschichten betonen sollten, etwa symbolische (Neu-)Bestattungen, die Entfernung alter, die Errichtung neuer historischer Denkmäler und die Wahl neuer Nationalfeiertage. In Jugoslawien bedeuteten die Erinnerungen an den 600. Todestag von Prinz Lazar im Jahr 1989 eine Rückkehr zu den serbischen Reichgründungsmythen, die an die Stelle des Kultes um die „jugoslawischen“ Partisanen des Zweiten Weltkriegs traten. Die Rückkehr des Herzes des 1941 unter bis heute nicht geklärten Umständen gestorbenen bulgarischen Zaren Boris in sein Heimatland war ein symbolischer Bruch mit dem kommunistischen Erbe in Bulgarien. Die erneute Bestattung des ungarischen Admirals Miklós Horthy, „Reichsverweser“ des Landes zwischen 1920 und 1944, verwies auf die Kontinuität zwischen den prä- und den postkommunistischen Zeiten. Die feierliche Beerdigung der polnischen Generäle der „Heimatarmee“, Tadeusz Bór-Komorowski und Władysław Sikorski, symbolisierte die Infragestellung der Legitimität des kommunistischen Regimes in Polen. Es verschwanden viele den sowjetischen „Befreiern“ gewidmete Denkmäler; neue erinnerten an antikommunistische Nationalhelden wie Józef Piłsudski in Polen, Jozef Tiso in der Slowakei, Ion Antonescu in Rumänien, Pál Teleki in Ungarn oder an außenpolitische Gewaltakte der Sowjetunion (1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei).

Alle diese Maßnahmen waren heftige Reaktionen auf den kommunistischen Versuch eines vollständigen Bruches mit den Traditio-

nen der so genannten reaktionären Vergangenheit der von der Sowjetunion beherrschten Völker, auf den Versuch, die neue „brüderliche Gemeinschaft“ der sozialistischen Länder auf ihre gemeinsamen „progressiven“, klassenkämpferischen Traditionen aufzubauen. In den offiziellen kommunistischen, nationalgeschichtlichen Meisternarrativen der politischen Rede und der einheitlichen Schulbücher stand immer der Kampf gegen die ethnisch-nationalen, fremden Ausbeuter im Mittelpunkt. Nach dieser Rhetorik waren die besten Patrioten diejenigen Persönlichkeiten, die nationale und klassenkämpferische Ziele parallel und miteinander verknüpft verfolgt haben.

Schon vor dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, als Folge der Milde- rung des sowjetischen ideologischen Drucks erschienen – weniger in der Wissenschaft, umso mehr in der Publizistik und in der Alltagssprache – lange verdrängte Visionen von den heroischen Leistungen und tragischen Opfern der ostmitteleuropäischen Eliten der Zwischenkriegszeit. Nach der Zeitenwende von 1989/90 beschleunigte sich dieser Prozess. Zugespielt könnte man sagen, dass die Chancen einer Persönlichkeit, Bewegung, Institution oder Partei, einen prominenten Platz im neu zu errichtenden nationalen Pantheon zu erhalten, umso größer waren, je antikommunistischer sie eingeschätzt wurde. Das war auch eine Reaktion auf die kommunistische ideologische Praxis, alle Antikommunisten ohne Unterschied als „Faschisten“ zu brandmarken.¹³ Die große Gefahr bestand nun darin, dass wegen ihrer antikommunistischen Haltung gelegentlich auch Vertreter der extremen Rechten ebenfalls sehr positive Bewertungen erhielten.

Der Platz des Kommunismus in der Geschichte

In vielen seriösen Diskussionen haben sich die Intellektuellen der ostmitteleuropäischen postkommunistischen Länder mit dem Platz der kommunistischen Regime in der Kontinuität der Nationalgeschichten beschäftigt. Trifft es wirklich zu, dass der Kommunismus allen Ländern der Region von außen aufgezungen wurde, oder hatte er auch innere,

¹³ Vgl. Tony Judt, *Postwar. A History of Europe since 1945*, New York 2005, S. 215.

soziale und politische Wurzeln in den Ländern selbst? Kann das kommunistische Zeitalter überhaupt als Teil der Nationalgeschichten angesehen werden? War es nicht doch nur – trotz seiner vielen Opfer – eine zwar lang andauernde, historisch gesehen aber unbedeutende, vorläufige Episode? Ist es möglich, über „organische“ Nationalgeschichten zu sprechen, welche die Zeit des Kommunismus ausblenden? Eine mit diesen Problemen eng verbundene, häufig gestellte Frage lautet: War der Kommunismus ein Versuch, die (ökonomische und geistige) Zurückgebliebenheit der jeweiligen Region zu überwinden, oder hat er gerade im Gegenteil zur Verbreiterung und Vertiefung der Kluft (*gap*) zwischen Ost- und Westeuropa bedeutend beigetragen?

Ein weiterer Teil dieses Problemkomplexes ist die Verantwortlichkeit (anders gesagt: das Verdienst) für das Ende des Kommunismus. War es das starke und unzerbrechliche Rückgrat der Nationen, das allen Bosheiten und Zumutungen der Sowjets widerstanden hatte? Gab es treue Patrioten, deren beharrlicher, konsequenter Antikommunismus schließlich zum Erfolg führte, oder waren es vielmehr nicht eher die pragmatischen und patriotischen Kommunisten, welche die Perspektivlosigkeit des kommunistischen Modells erkannt hatten und, als der Untergang der Sowjetunion und die internationale politische Situation das ermöglichten, mit dem Abbau des Systems begonnen haben?

Nirgendwo in den ehemaligen Sowjetblockländern ist es gelungen, einen geeigneten rechtlichen Rahmen für die Ahndung der Verbrechen des kommunistischen Systems zu finden. Kein System funktioniert ohne Unterstützer, aber das Ausmaß der Verantwortlichkeit der Funktionäre auf unterschiedlichen Ebenen der Hierarchie ist schwer zu formalisieren. Das ist, wie sozialpsychologische Untersuchungen zeigen, kaum vermeidbar. Wenn wir das Trauma des Systemwechsels als massenpsychologische Erscheinung betrachten, ist die Regeneration der Leistungsfähigkeit der Gesellschaften nach diesem Trauma ohne soziale Kohäsion kaum möglich.¹⁴ Die sozialpsychologische Erfahrung lehrt, dass diese Kohäsion am besten mithilfe von Sünden-

bocken erreicht werden kann.¹⁵ Die Sündenbockfunktion kann auf Individuen, kleinere und größere Gruppen, aber auch auf ganze Länder oder auf Ideologien übertragen werden. Ein bestimmendes Element der postkommunistischen Geschichtsdiskurse war es daher, dem Kommunismus im Allgemeinen eine solche Funktion zu verleihen. Kommunismus als Ideologie und die ihn vertretenden Persönlichkeiten, Gruppen, Parteien wurden nicht nur für den wirtschaftlichen und sozialen Untergang der von ihnen beherrschten Länder, sondern auch für die nationalen Tragödien verantwortlich gemacht.

Außerhalb der individuellen und Gruppenverantwortlichkeiten der Kommunisten in allen Ländern des ehemaligen sowjetischen Lagers war die Bewertung der Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg ein weiteres zentrales Thema der öffentlichen Diskussionen. In welchem Maße trat die Sowjetunion als Befreier auf? War sie nicht nur ein neuer Eroberer? Ist die sowjetische Schuld vergleichbar mit der Schuld der Nationalsozialisten? Wie kann man den Gulag mit den deutschen Konzentrationslagern vergleichen? Die Themen des deutschen Historikerstreites der 1980er Jahre tauchten auf, aber nirgendwo in den ehemaligen sowjetischen Satellitenländern führten sie zu einer die postkommunistische Kohäsion dieser Gesellschaften erleichternden, bereinigenden Diskussion. Stattdessen führten sie zu neuen Spaltungen.

Laut soziologischer Bestandsaufnahmen und politikwissenschaftlicher Analysen spielen bei postkommunistischen Wahlen historische Themen eine bedeutende Rolle. Die Auffassungen über historische Themen sind zu wichtigen strukturformierenden Elementen postkommunistischer Gesellschaften geworden. Unter diesen Themen nimmt die Geschichte von Flucht, Vertreibungen und Zwangsemigrationen eine prominente Rolle ein. Es geht um mehr als dreißig Millionen Menschen,¹⁶ deren Schicksal zu kommunisti-

¹⁴ Vgl. Jon Mills/Janusz A. Polanowski, *Ontology of Prejudice*, Amsterdam 1997; Zsolt Enyedi/Ferenc Erős (eds.), *Authoritarianism and Prejudice. Central European Perspectives*, Budapest 1999.

¹⁵ Vgl. Rene Girard, *The Scapegoat*, Washington, D.C. 1989; Tom Douglas, *Scapegoats. Transferring Blame*, London-New York 1995. Ein äußerst reicher Überblick der diesbezüglichen klassischen Literatur in Frederic Cople Jaher, *A Scapegoat in the New Wilderness*, Cambridge, MA 1994, S. 251–255.

¹⁶ Vgl. Paul Magocsy, *Historical Atlas of Central Europe*. Revised and expanded edition, Toronto 2002, S. 193; Zoltán Szász, *Nationen und Emanzipationen im Kontext der ost- und mitteleuropäischen Wende*, in:

schen Zeiten kaum erwähnt wurde; gesellschaftliche Turbulenzen sind daher nur allzu verständlich. Das Hasspotential von Nachbarschaften war lange Jahre bewusst verdrängt worden. Traditionelle Konflikte über die staatlichen Zugehörigkeiten von ethnisch gemischt besiedelten Gebieten sind neu an die Oberfläche gelangt. Dieselben Themen wurden zu Hauptpfeilern von mehreren unterschiedlichen nationalen Meisternarrativen. Meine allgemeinen Überlegungen möchte ich abschließend mit zwei Fallstudien illustrieren.

Ungarn: Die gekrönte Republik

In den offiziellen und halboffiziellen kommunistischen Darstellungen der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts spielte die Periode der „Räterepublik“ zwischen dem 21. März und dem 1. August 1919 eine Schlüsselrolle. Nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie – der kurzen Episode einer demokratischen Republik folgend – übernahm in Ungarn eine von den Kommunisten dominierte kommunistisch-sozialdemokratische Koalition die Macht. Laut kommunistischer Auffassung belegte das die tiefe Verwurzelung des Kommunismus in Ungarn. Im kollektiven ungarischen Gedächtnis war und ist dieses Ereignis vielmehr mit den tragischen territorialen Verlusten des Landes nach dem Ersten Weltkrieg (etwa zwei Drittel des vorherigen Staatsgebietes) verbunden.

Es wird angenommen, dass die Siegermächte allein aus Angst vor der Ausbreitung des Kommunismus Ungarns Zerstückelung sanktioniert haben. Ohne die Kommunisten an der Macht wären sie viel toleranter und großzügiger gewesen. Keine historische Quelle bestätigt das, aber der Mythos der das Land verspielenden Kommunisten überlebte und erwachte mit besonderer Kraft in den Jahren 1989/91. Viele kommunistische Funktionäre des Jahres 1919 waren jüdischer Abstammung. Daher erhielt die antikommunistische Rhetorik antisemitische Untertöne. In den politischen Kämpfen der frühen postkommunistischen Zeit wurden die Liberalen, häufig Kinder ehemaliger kommunistischer Funktionäre, als Erben der früheren kommunistischen „Landverspieler“ dargestellt. An-

fang 1990 schrieb beispielsweise eine rechtsradikale Zeitschrift, dass die Antisemiten des alten Ungarn nicht den kapitalistischen Geschäftsmann, sondern den marxistischen Freimaurer-Intellektuellen gehasst hätten, der Siebenbürgen verkauft und die Kommunisten erst eingeladen habe.¹⁷

Laut einer repräsentativen Umfrage 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges¹⁸ war die ungarische Gesellschaft über die Bewertung der damaligen Ereignisse in drei große Lager gespalten. Etwa ein Drittel der Bevölkerung meinte, dass die Sowjets Ungarn tatsächlich befreit hätten, ein anderes Drittel sprach von Besatzung, für den dritten Teil war weder Befreiung noch Besatzung der richtige Terminus. Die Resultate dieser Umfrage bestätigen die anhand von nur 30 Fallstudien aufgestellte Hypothese eines jungen ungarischen Politikwissenschaftlers: In der Strukturierung der postkommunistischen Gesellschaften sind wirtschaftlich definierbare Unterschiede von der gemeinsamen Abstammung und von vererbten Mentalitäten in den Hintergrund gedrängt worden.¹⁹ Das bedeutet keinesfalls, dass materielle Faktoren etwa keine Rolle bei der Strukturierung der postkommunistischen Gesellschaften spielen. Es geht darum, dass die Mechanismen des kollektiven Gedächtnisses die Strukturierung der postkommunistischen Gesellschaften in größerem Maße beeinflussen als in den westeuropäischen Gesellschaften. Im ungarischen Wahlverhalten spielt die Geschichte eine wichtige Rolle: In der erwähnten Umfrage bekannten sich 43 Prozent der größeren Partei der Regierungskoalition, der Sozialisten, und sogar 51 Prozent des kleineren Koalitionspartners, der Liberalen, zur These von der „Befreiung“ durch die Rote Armee; dagegen unterstützten 41 Prozent der oppositionellen konservativen Jungen Demokraten (FIDESZ) die These von der Besatzung.

Die Komplexität des Umgangs mit der kommunistischen Vergangenheit zeigt die Diskussion um das Schicksal der Heiligen Krone Ungarns. Die Krone, seit dem 11. Jahr-

¹⁷ Vgl. Szent Korona vom 21. 2. 1990, S. 6 f., zit. nach: László Karsai, Kirekesztők, Budapest 1992, S. 150 f.

¹⁸ Vgl. Népszabadság vom 2. 4. 2005, S. 5.

¹⁹ Vgl. Richárd László, Posztkommunista társadalom és kollektív emlékezet (Postkommunistische Gesellschaft und kollektives Gedächtnis), in: Valóság, 42 (1999) 2, S. 1–18.

Von Lehrte zum Lehrter Bahnhof. West-Östliche Exkursionen zu Helmut Lippelts 70. Geburtstag. Red.: Ursula G. Jaerisch, Bonn 2002, S. 61–69.

hundert ein Symbol ungarischer Souveränität, landete gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Fort Knox in den USA. Anfang 1978, trotz des Protestes der Mehrheit der ungarischen politischen Emigranten, gab die amerikanische Seite dieses äußerst wertvolle Symbol der ungarischen nationalen Identität als ein Zeichen der Detente dem ungarischen Staat zurück. Im Gebäude des an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert gebauten ungarischen Parlaments wurde die Krone von der durch US-Außenminister Cyrus Vance geleiteten Delegation den Vertretern des von Kommunisten geleiteten ungarischen Staates übergeben. Obwohl als Teil der Vereinbarung der Erste Sekretär der ungarischen kommunistischen Partei, János Kádár, den Feierlichkeiten fernblieb, bedeutete diese Geste eine amerikanische Anerkennung der Legitimität kommunistischer Macht in Ungarn.

Mit anderen königlichen Insignien wurde die Krone bis Ende 1999 im Ungarischen Nationalmuseum aufbewahrt. Das Jahr 2000 war für die Politisierung dieser Tradition von großer Bedeutung. In jenem Jahr kam es zur Tausendjahrfeier der Annahme des Christentums und der Staatsgründung in Ungarn, und so konnte die nationale Feier mit dem allgemeinen christlichen Jubiläum verknüpft werden. Die konservative Regierungskoalition hatte für die Feierlichkeiten vom 1. Januar 2000 bis zum 20. August 2001 sehr bedeutende finanzielle und organisatorische Ressourcen mobilisiert, wobei der Heiligen Krone eine Hauptrolle zukam. Als Auftakt zu den Feierlichkeiten zum tausendjährigen Bestehen des Staates ließ die christlich-nationale Regierung die Krone unter feierlichem Gepränge in das Parlamentsgebäude bringen. Diese Geste wurde von der sozialistisch-liberalen Opposition stark kritisiert, mit dem Argument, dass die Legitimität des heutigen ungarischen Staates nicht in der vom Papst verliehenen Krone, sondern in der durch die Verfassung symbolisierte Volkssouveränität wurzele.

Polen: Christus der Völker

Ungarn hat als Folge der beiden Weltkriege etwa zwei Drittel seines Staatsgebietes verloren, und mehr als ein Drittel aller Ungarn sind zu nationalen Minderheiten in anderen Ländern geworden. Trotz unbeschreiblicher Leiden konnte Polen dagegen beide Weltkrie-

ge als Sieger beenden. Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in dem vom Bürgerkrieg ausgelaugten Land eine große Kluft zwischen der kommunistischen Befreiungspropaganda und den alltäglichen Erfahrungen der Massen. So konnte das aus dem Zeitalter der Romantik (als Polen geteilt und in die Gebiete dreier Reiche eingegliedert war) stammende nationale Selbstbildnis als gekreuzigter Christus der Völker im populären kollektiven Gedächtnis nahezu unberührt überleben.

Es gab eine wichtige Schnittstelle der aufgezungenen offiziellen und der populären Geschichtsauffassungen. Mit den treffenden Worten Claudia Krafts: „Die kommunistischen Theoretiker der polnischen Westverschiebung verknüpften in ihrer Argumentation (geo-)politische mit sozioökonomischen Vorstellungen: Die territoriale Neuordnung nach dem Krieg entspreche der piastischen Konzeption der polnischen Geschichte, die den Vorzug habe, das Land vom Minderheitenproblem, das die Zweite Republik belastet habe, zu befreien. Zudem bringe es endlich eine sichere strategische Lage gegen den deutschen Aggressor und eröffne die Perspektive eines friedlichen Zusammenlebens mit den östlichen Nachbarvölkern. Wurde in diesem Interpretationsmodell die weit nach Osten ausgreifende jagiellonische Konzeption von der ‚Ausbeuterkaste‘ polnischer Großgrundbesitzer getragen, so sah man im piastischen Polen den Vorläufer eines den Interessen der breiten Bevölkerung dienenden ‚Volkspolens‘.“¹⁰

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des kommunistischen Macht-systems in Polen und insbesondere mit dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 ist diese Auffassung anachronistisch geworden. Trotz der langen intellektuellen und politischen Tradition des Antikommunismus im Lande, trotz des deutlichen Triumphes der Opposition gegen die Staatspartei im Jahr 1989 ist es bisher nicht zu einem klaren Geschichtsdiskurs über die Rolle des Kommunismus in der nationalen Geschichte Polens gekommen. Die parteipolitischen Kämpfe sind von Stellungnahmen zu dieser Frage sehr stark beeinflusst. Die Sozialdemokraten (viele von ihnen stammen aus der ehemaligen Staatspartei PZPR) betonen, dass

¹⁰ Claudia Kraft, Geschichte im langen Transformationsprozess in Polen, in: H. Altrichter (Anm. 1), S. 132.

die Eingliederung Polens in den sowjetischen Block die einzige realistische Alternative für den Wiederaufbau des Staates nach dem Zweiten Weltkrieg war. Die Kommunisten werden so zu Vertretern des nationalen Interesses stilisiert; ohne ihre Kollaboration mit den Sowjets hätten die Polen den deutschen Imperialismus nicht aufhalten können. Dabei wird die Aufteilung Polens zwischen Hitler und Stalin im Jahr 1939 kaum beachtet.

Nicht ohne Erfolg wird die These vertreten, dass die Jahrzehnte kommunistischer Macht die Gesellschaft äußerst tief beeinflusst haben und in diesem Sinne gewissermaßen alle Polen „Postkommunisten“ seien. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums wird davon ausgegangen, dass dem kommunistischen Staat eine die traditionellen nationalen Werte, die Idee des gleichzeitigen Kampfes gegen östliche und westliche Feinde der Polen vertretende Gesellschaft und damit die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegenüberstand. Aus dieser Perspektive gelten die ehemaligen Parteibürokraten und andere Träger kommunistischer Macht als Verräter der nationalen Interessen Polens und sollten strafrechtlich und moralisch verurteilt werden.¹¹

Ausblick

Trotz langer Jahre der theoretischen und politischen Anstrengungen kommunistischer Ideologen und Machthaber ist es nicht gelungen, die kommunistischen Ideen mit den nationalen Ideologien der ostmitteleuropäischen Gesellschaften zu verschmelzen. Die Gesellschaften konnten nicht davon überzeugt werden, dass die Internationalität „aller Proletarier der Welt“ mit der Vertretung der nationalen Interessen in Einklang gebracht werden kann. Die praktischen Erfahrungen haben das Gegenteil gezeigt.

Die Erfahrungen der ostmitteleuropäischen Systemwechsel und der europäischen Integrationsprozess belegen aber, dass nach dem grandiosen Scheitern des kommunistischen Internationalismus den ostmitteleuropäischen Intellektuellen die Herausforderung supranationaler Identitäten nicht erspart bleiben dürfte.

¹¹ Vgl. ebd., S. 143–145.

Uffe Østergård

Der Holocaust und europäische Werte

In den vergangenen 15 bis 20 Jahren haben sich nahezu alle Länder der Europäischen Union (EU) dafür eingesetzt, die Erinnerung an den Holocaust zu bewahren.¹ Selbst die kleinen und vermeintlich schuldlosen nordischen Staaten schlossen sich dem allgemeinen Bestreben an, der von den Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg betriebenen systematischen Ermordung der Juden angemessen zu gedenken.

Norwegen etwa hat Entschädigungen für die Enteignung jener Juden gezahlt, die im November 1942 in Norwegen verhaftet und deportiert wurden. Konnten deren Nachfahren nicht ermittelt werden, flossen die Zahlungen zum Teil in die Gründung eines Zentrums zur „Erforschung des Holocaust und Religiöser Minderheiten“, das im August 2006 eröffnet wurde. Eine fast schon poetisch anmutende Rache der Geschichte ist es, dass dieses Zentrum ausgerechnet in der auf der Museumshalbinsel in Oslo gelegenen, aufwändig renovierten, luxuriösen Villa Vidkun Quislings residiert, des Kollabo-

Uffe Østergård

M.A., geb. 1945; ehemals Direktor des Danish Center for Holocaust and Genocide Studies, Danish Institute for International Studies, Kopenhagen; Professor für Europäische und Dänische Geschichte, International Center for Business and Politics, Copenhagen Business School, Steen Blichers Vej 22, 2000 Frederiksberg/Dänemark. uoe.cbp@cbs.dk

Übersetzung aus dem Englischen: Susanne Laux, Königswinter.

¹ Einige Gedanken dieses Beitrags finden sich in früheren Abhandlungen des Verfassers, etwa in: Uffe Østergård, Holocaust, Genocide and European Values, in: Steven Jensen (Hrsg.), Genocide: Cases, Comparisons and Contemporary Debates, The Danish Center for Holocaust and Genocide Studies, Kopenhagen 2003, S. 175–192; ders., Denmark and the New International Politics of Morality and Remembrance, Danish Foreign Policy Yearbook 2005, Kopenhagen 2005, S. 65–101.

rateurs und norwegischen Ministerpräsidenten der Jahre 1942 bis 1945.

Selbst Dänemark, das den Ruf genießt, die Mehrheit der dänischen Juden im Oktober 1943 vor der Ermordung bewahrt zu haben, gab im Jahr 2000 eine offizielle Untersuchung zur dänischen Flüchtlingspolitik in den Jahren vor und während der deutschen Besatzung (1940 bis 1945) in Auftrag. Die Ergebnisse belegen in vier voluminösen Bänden die restriktive Haltung gegenüber Flüchtlingen sowie die Deportation zahlreicher nichtdänischer Juden unter der deutschen Besatzung.¹² Zudem steht eine Untersuchung der Copenhagen Business School zur ökonomischen Kollaboration der dänischen Industrie und der Landwirtschaft kurz vor der Veröffentlichung. Auch das neutrale Schweden hat sich zu seiner Mitschuld bekannt, umfassende Informationskampagnen zum Holocaust und anderen Formen des Völkermords gestartet sowie als ständige Einrichtung die Institution „Lebendige Geschichte“ (*Levande Historia*) geschaffen.¹³

Erinnerungspolitik

Eine Welle der Selbstbesinnung hat Europa erfasst und ist Teil dessen, was Historiker „Erinnerungspolitik“ nennen.¹⁴ Wie Staaten

¹² Vgl. Hans Kirchhoff, *Et menneske uden pas er ikke noget menneske. Danmark i den internationale flygtningepolitik 1933–1939*, Odense 2005; Lone Rünitz, *Af hensyn til konsekvenserne. Danmark og flygtningespørgsmålet 1933–1940*, Odense 2005; Cecilie Felicia Stokholm Banke, *Demokratiets skyggeside. Flygtninge og menneskerettigheder i Danmark før Holocaust*, Odense 2005; Hans Kirchhoff/Lone Rünitz, *Udsendt til Tyskland. Dansk flygtningepolitik under besættelsen*, Odense 2007.

¹³ www.levandehistoria.org.

¹⁴ Vgl. John Gillis (Hrsg.), *Commemorations: The Politics of National Identity*, Princeton 1994; Lewis A. Coser (Hrsg.), Maurice Halbwachs: *On Collective Memory* (1950), Chicago 1992; Uffe Østergård, *European Identity and the Politics of Identity*, in: J. P. Burgess/Ola Tunander (Hrsg.), *European Security Identities: Contested Understandings of EU and NATO*, Oslo 2000; Bo Stråth (Hrsg.), *Myth and Memory in the Construction of Community: Historical Patterns in Europe and Beyond*, Brüssel 2000. Zum Zusammenhang zwischen Geschichte und Erinnerung vgl. Norbert Frei, *Farewell to the Era of Contemporaries: National Socialism and Its Historical Examination en route into History*, in: G. N. Arad (Hrsg.), *History and Memory. Passing into History: Nazism and the Holocaust beyond Memory* (Studies in the Representation of the Past, 9/1997), S. 59–79, sowie Uffe

mit der historischen Erinnerung umgehen, ist kein neues Phänomen – zu einem großen Teil hat sich Geschichtsschreibung schon immer genau damit beschäftigt. Neu hingegen ist, dass die meisten europäischen Staaten sich heute darum bemühen, sich ihrer Vergangenheit zu stellen, sich der negativen Aspekte ihrer Nationalgeschichte (ebenso sehr wie der positiven Aspekte) zu erinnern und sich zu ihnen zu bekennen. Vielleicht werden wir Zeuge einer Entwicklung, die derjenigen nahe kommt, die Westdeutschland nach der vernichtenden Niederlage im Zweiten Weltkrieg aufgezwungen wurde. Dieses von den Westdeutschen so gründlich und effizient angegangene Unterfangen wird als „Vergangenheitsbewältigung“ bezeichnet. Bis vor kurzem ließ sich dieser Terminus kaum übersetzen; ein Ergebnis der europäischen Gewissenserforschung der vergangenen Jahre könnte sein, dass der Begriff auch Eingang in andere Sprachen findet.

Nationalstaaten haben sich bisher lieber an die Zeiten erinnert, in der sie selbst zum Opfer anderer wurden, als sich ihrer eigenen Schuld zu stellen. Die während des Zweiten Weltkriegs in Europa begangenen Verbrechen jedoch waren von besonderer Natur. Nur widerwillig sind die Europäer zur Einsicht gelangt, dass die Vernichtung der Juden und anderer Volksgruppen nicht allein von den Deutschen betrieben wurde. Vor 1933 war der Antisemitismus keine deutsche Besonderheit. Im Unterschied zu anderen Ländern aber hatte im krisengeschüttelten Deutschland eine Gruppe von offenen Antisemiten die Macht erobert. Niemand wird bestreiten wollen, dass Deutschland die Wiege des Nationalsozialismus und Initiator des Völkermordes war, doch war der Zweite Weltkrieg auch ein europäischer Bürgerkrieg, der in jedem Land zwischen ideologisch motivierten Interessengruppen ausgetragen wurde und in dem sich viele Nichtdeutsche allzu eifrig an den Massenmorden beteiligten.

Seit Mitte der 1990er Jahre müssen sich die beitriftswilligen Nationen Mittel- und Osteuropas sozusagen als Vorbedingung für ihre Mitgliedschaft in der EU der Frage nach ihrer

Østergård, *Europa. Identitet og identitetspolitik*, København 1998.

Verstrickung in den Holocaust stellen. Dies war die Raison d'être der *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research*,¹⁵ die im Mai 1998 von den Regierungen Großbritanniens, der USA und Schwedens ins Leben gerufen wurde.

Das erste spektakuläre Resultat der Task-Force-Initiative war das Zusammentreffen von 47 Regierungschefs und anderen Staatsvertretern beim „Stockholm International Forum on the Holocaust“ vom 26. bis 28. Januar 2000. Dieses Treffen markierte den Auftakt des inzwischen häufig so bezeichneten „Stockholm-Prozesses“, in dessen Rahmen bis 2004 zu vier internationalen Konferenzen eingeladen wurde. Neben der beachtlichen Anzahl von Regierungschefs nahmen fast tausend Diplomaten, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, religiöse Führer, Überlebende des Holocaust, Historiker, Lehrer und Journalisten an dem Treffen teil, dessen offizielles Ziel es war, den „internationalen Dialog über die Bildung und Erziehung der Jugend sowie die Forschung über den Holocaust zu fördern“. Die Konferenz kann als Beweis für einen Ausspruch des norwegischen Entdeckers und Völkerbund-Beauftragten Fridtjof Nansen gelten: „Realpolitik ist Moralpolitik.“¹⁶ Das greifbarste Ergebnis des Forums war die Verständigung auf die Einführung eines jährlichen internationalen Holocaust-Gedenktages am 27. Januar, dem Datum der Befreiung der Vernichtungslager Auschwitz und Birkenau durch sowjetische Truppen.

Nach der Befreiung der Vernichtungslager waren die Bilder von aufgetürmten Leichen und bis aufs Skelett abgemagerten Überlebenden in entsetzlichen Filmausschnitten vor allem in den westlichen Besatzungszonen immer wieder gezeigt worden. Dort betrieben die Amerikaner systematisch die *reduca-*

tion der deutschen Bevölkerung zur Demokratie. Diese war erfolgreich, auch wenn Kritik etwa an den „Persilscheinen“ berechtigt war und der Wiederaufbau und die Rivalität mit dem Osten die Entfernung sämtlicher ehemaliger Nationalsozialisten aus dem öffentlichen Leben verhinderte. Zur selben Zeit definierten die Kommunisten in der DDR ihren Staat als „antifaschistisch“ und versuchten, einen von jeder Schuld freien Bruch mit der „militaristischen“ Vergangenheit Deutschlands zu vollziehen und den Westdeutschen die alleinige Verantwortung für Hitler und den Nationalsozialismus zur Last zu legen.

Die Bundesrepublik Deutschland stellt insgesamt weltweit einen der wenigen Fälle dar, in denen ein Volk „aus der Geschichte gelernt“ und die Verantwortung für nationale Untaten übernommen hat. Im Frühling 2007 schlugen deutsche Politiker vor, Rassenhass und die Leugnung des Holocaust in der gesamten EU unter Strafe zu stellen.¹⁷ Aufgrund der unterschiedlichen Traditionen in den Mitgliedstaaten blieb der Vorstoß zwar ohne Erfolg, inoffiziell aber wurde diese Haltung dank der Tätigkeit der wenig beachteten Task Force zu EU-Politik. Die Partnerschaftsprogramme der Task Force haben dazu beigetragen, ein gemeinsames Verständnis von europäischen Werten zu schaffen und den EU-Neulingen aus Ost- und Mitteleuropa und darüber hinaus bis in die Ukraine zu vermitteln.

Das normative Vakuum

In Deutschland begann 1945 die „Stunde Null“. Mit dieser Bezeichnung wiesen viele Deutsche auf das normative Vakuum hin, in dem sich das Land nach der bedingungslosen Kapitulation und der langsamen Bewusstmachung der kriminellen Natur des NS-Regimes wiederfand. Und doch trifft die These von der Stunde Null vielen Historikern zufolge weder in materieller noch in geistiger Hinsicht zu. In den vergleichsweise neuen und hoch entwickelten Fabrikanlagen hatte eine effiziente Kriegsindustrie bis in die letzten Kriegsmonate überlebt; tatsächlich waren im Frühjahr 1945 noch 80 bis 90 Prozent der deutschen Industrie unversehrt, da die alliierten Bombardierungen hauptsächlich zivile

¹⁵ www.holocausttaskforce.org.

¹⁶ Fridtjof Nansen (1861–1930) organisierte die Repatriierung einer halben Million russischer Kriegsgefangener und half, die Hungerkatastrophe im revolutionären Russland zu lindern. Nansen wurde zum ersten Hochkommissar des Völkerbundes für Flüchtlingsfragen gewählt und 1923 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Vgl. seinen Vortrag „Videnskap og Moral“ („Wissenschaft oder Moral“), in: Samtiden, (1908). Vgl. auch: Roland Hartford, Nansen, London 1997, S. 473–667.

¹⁷ Vgl. Financial Times vom 18. 4. 2007, S. 1.

Ziele und Kapazitätsreserven zerstört hatten. So war das deutsche Industriepotenzial in der Nachkriegszeit größer als das der meisten anderen europäischen Länder, die unter der NS-Herrschaft ausgeplündert worden waren. Auch der geistige Bezug zur Vergangenheit schuf keine Stunde Null. Nur eine Minderheit der Deutschen begriff den Zusammenbruch tatsächlich als Befreiung – die Mehrheit sah in der Niederlage auch einen eigenen Verlust. So kam es, dass in Westdeutschland erst 1961 mit dem Gerichtsverfahren der Israelis gegen Adolf Eichmann und dem Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965 eine wirkliche Auseinandersetzung über die Verantwortung für die Ermordung der Juden und vieler anderer Opfer einsetzte.

Doch nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa befand sich 1945 in einer Krisensituation. Angesichts der Euphorie der Befreiung wurde vielen Menschen das Ausmaß dieser Krise erst später bewusst. In den letzten Monaten des Krieges und unmittelbar nach der Befreiung entwarfen viele Widerstandsbewegungen Pläne für ein neues, föderales Europa.¹⁸ Der Zweite Weltkrieg war im Kern ein europäischer Bürgerkrieg, der die Teilung des Kontinents durch einen „Eisernen Vorhang von Triest bis Stettin“ zur Folge hatte, wie Winston Churchill in einer Rede in Fulton/Missouri am 5. März 1946 so lyrisch formulierte.

Bereits Ende der 1930er, Anfang der 1940er Jahre waren die europäischen Nationalstaaten in eine tiefe Krise geraten. Die meisten Staaten standen vor einem Bürgerkrieg zwischen jenen Kräften, die bei der Reorganisation Europas mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten wollten, und jenen, deren sozialistische oder nationalkonservative Gesinnung zunächst in den Widerstand und später zum Bündnis mit Großbritannien und den USA führte. Dank des Sieges der Alliierten überlebte das Prinzip des Nationalstaates sowohl im Westen als auch im Osten. In Westeuropa erholten sich die alten Eliten vergleichsweise schnell, nach mehr oder minder kurzen Intermezzi, in denen sie eine gemeinsame Regie-

rung mit den Widerstandsbewegungen ausübten. In Ost- und Mitteleuropa brachte die Rote Armee innerhalb kurzer Zeit kommunistisch kontrollierte Regierungen an die Macht wie 1948 in der Tschechoslowakei. Das Ergebnis waren Herrschaftssysteme, die (so unpopulär sie auch waren) mehr oder weniger als nationalkommunistisch bezeichnet werden können.¹⁹

Die Nationalstaaten blieben trotz der relativen wirtschaftlichen Erholung bis in die 1950er Jahre hinein bis ins Mark erschüttert. Erst mit dem sprunghaften Wirtschaftswachstum der 1950er und frühen 1960er Jahre und durch den Prozess der europäischen Integration konnten sich die westlichen Demokratien festigen.¹⁰ Während die kommunistischen Regierungen im Osten mit der Niederschlagung der Volksaufstände in der DDR (1953), in Ungarn (1956), der Tschechoslowakei (1968) und in Polen (1968, 1971 und 1980) die letzten Reste ihrer Legitimität verloren, führten Wachstum und Optimismus im Westen in die von den USA ausgehende Jugend- und Studentenrevolte. Nun kam die Kritik am kulturellen Erbe Europas politisch voll zur Geltung.

Der französische Philosoph Jean-Paul Sartre brachte dies im Vorwort zu jenem Werk zum Ausdruck, das zum wichtigsten anticolonialen Manifest werden sollte, Frantz Fanons *Les damnés de la terre* von 1961. Sartres Ausführungen gerieten zur Generalabrechnung mit der europäischen Zivilisation. In diesem Text, geschrieben auf dem Höhepunkt des Algerienkrieges, hieß es: „Früher hatte unser Kontinent andere Stützen: den Parthenon, Chartres, die Menschenrechte, das Sonnenrad (Swastika). Heute weiß man, was sie wert sind. Und man kann uns nur noch durch das ganz christliche Gefühl von unserer Schuld vor dem Schiffbruch retten. Wie zu sehen ist, sind wir am Ende, Europa ist an allen Ecken leckgeschlagen. Was ist geschehen? Ganz einfach dies: Bisher waren wir die Subjekte der Geschichte, jetzt sind wir ihre Objekte. Das Kräfteverhältnis hat sich umgekehrt, die Entkolonialisierung schreitet

¹⁸ Vgl. Uffe Østergård, *Europe's Saints: The Official Construction of a History of the European Union*, in: J. P. Burgess (Hrsg.), *Museum Europa. The European Cultural Heritage between Economics and Politics*, Kristiansand 2004, S. 31–66.

¹⁹ Zum Konzept eines „Nationalkommunismus“ vgl. Robin Okey, *Eastern Europe 1740–1980. Feudalism to Communism*, London 1982.

¹⁰ Vgl. Alan Milward, *The European Rescue of the Nation-State*, London 1992.

voran; all unsere Soldaten können nicht mehr tun als ihr Ende hinauszuzögern. (. . .) All das hinderte uns nicht daran, rassistische Reden zu halten, voller Vorurteile über dreckige Neger, dreckige Juden und dreckige Araber. Abgehobene Denker, Liberale oder einfach nur zartbesaitete Gemüter geben sich schockiert über diese Inkonsistenz. Ob aus Irrtum oder schlechtem Gewissen: Nichts ist bei uns konsistenter als ein rassistischer Humanismus, weil der Europäer sich nur dadurch zum Menschen hat machen können, dass er Sklaven und Monster schuf.“¹¹

Sartre nahm die Entkolonialisierung zum Anlass, die europäische Zivilisation als Hort des Rassismus und des Völkermords zu geißeln, und doch war seine Reaktion auch eine Antwort auf den bedrückenden Niedergang der „europäischen Werte“, der darin deutlich geworden war, dass Nationalsozialisten und Faschisten im Namen einer totalitären und rassistischen Ideologie einen Krieg gegen Demokratie, Liberalismus, Sozialismus, die Philosophie der Aufklärung und das Christentum geführt hatten. Diese Krise war die eigentliche Stunde Null in Europa – eine Erkenntnis, die den Verweisen auf Europa und die europäische Zivilisation innewohnt, die den Verträgen zur europäischen Zusammenarbeit vorangestellt wurden, angefangen bei den Römischen Verträgen von 1957 bis hin zum Verfassungsvertrag für die EU.

Ungeachtet aller Unterschiede haben die Generalabrechnung Sartres und das zurückhaltende Lob für die Verträge eines gemeinsamen: eine relativ klare Vorstellung von „europäischen Werten“, die entweder vollen Herzens akzeptiert oder aber in ihrer Gesamtheit abgelehnt werden. Tatsächlich weist die Vergangenheit Europas wie der römische Gott Janus zwei Gesichter und widersprüchliche Facetten auf. Zu ihr gehören Auschwitz und die Atombombe, aber auch die Menschenrechte und die Demokratie. In den 1990er Jahren, angesichts der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien, musste diese Lehre in Europa erneut gezogen werden.

¹¹ Vorwort Jean-Paul Sartres zu Frantz Fanon, *Les damnés de la terre*, Paris 1961; Übs. nach der englischen Ausgabe, London 1967, S. 23 und 22.

Die Task-Force-Initiative stellt einen (kleinen) Teil der aktuellen Bemühungen dar, das Völkerrecht zu einem internationalen Rechtssystem fortzuentwickeln, wie es sich auch im deutschen Rechtsstaat findet. Die Übernahme historischer Schuld wiegt ebenso schwer wie rechtliche Prinzipien; sie spielt eine immer wichtigere Rolle in diesem neuen internationalen Regime, das die traditionelle, letztlich seit 1648 (dem Ende des Dreißigjährigen Krieges) bestehende internationale Gemeinschaft verändern wird. Etappen waren der Völkerbund, die Vereinten Nationen und die zunehmende Bedeutung der Menschenrechte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Mehr noch belegen die 1993 bzw. 1994 erfolgte Einrichtung der Internationalen Kriegsverbrechertribunale für Ruanda und das frühere Jugoslawien sowie der ständige Internationale Gerichtshof in Den Haag diese „Legalisierung“ und „Moralisierung“ der internationalen Politik.¹²

Der erste Schritt in diese Richtung waren die Nürnberger Prozesse, in denen eine Reihe von NS-Führern für ihre Kriegsverbrechen und Verantwortung für den Holocaust bestraft wurden, sowie die Kriegsverbrecherprozesse in Tokio.¹³ Die Urteile waren nicht frei von „Siegerjustiz“, da ihnen eine rechtliche Grundlage fehlte, und doch waren die Ankläger bemüht, dem Verfahren ein neues Format zu verleihen, um eine Unterscheidung von der rächenden Justiz an den Verlierern des Ersten Weltkriegs zu ermöglichen, die den Vertrag von Versailles mit einem Geburtsmakel versehen hatte. Der Kalte Krieg brachte den Prozess der Verrechtlichung der internationalen Politik für mehr als 40 Jahre zum Stillstand. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, der Völkermord in Ruanda, die Entdeckung der „Killing Fields“ in Kambodscha, die indonesischen Gräueltaten in Ost-Timor und zahlreiche andere Menschenrechtsverletzungen haben das Interesse an der Ausarbeitung einer internationalen Rechtsordnung wieder gestärkt.

¹² Vgl. Martin Mennecke/Eric Markusen, *The International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia and the Crime of Genocide*, in: S. Jensen (Anm. 1), S. 293–359.

¹³ Vgl. Donald Bloxham, *Genocide on Trial. War Crime Trials and the Formation of Holocaust History and Memory*, Oxford 2001.

Die Veränderungen im internationalen Klima erklären, warum das Interesse am Holocaust im Besonderen sowie an Völkermorden und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Allgemeinen eher zu wachsen scheint, als dass es mit dem Tod der letzten Überlebenden und Täter schwinden würde. „Wer spricht denn heute noch von der Ausrottung der Armenier?“ – diese zynische Frage stellte einst Hitler seinen Generälen am Vorabend des Angriffs auf Polen.¹⁴ Doch zu den Untersuchungen über die Zeit des Nationalsozialismus sind unzählige Informationen über die Gräueltaten getreten, die im Namen des Kommunismus begangen wurden,¹⁵ ferner Untersuchungen über Völkermord und Massenverbrechen überall in der Welt.¹⁶ Zudem sind Historikerkommissionen mit der Aufgabe betraut worden, die Rolle und die Verantwortung neutraler und sogar besetzter Länder beim Massenmord an den Juden und anderen Opfergruppen im Zweiten Weltkrieg zu beleuchten; jüngstes Beispiel sind die Kommissionen in der Schweiz und Österreich. Auch in den früheren kommunistischen Ländern haben solche Kommissionen die Staatsverbrechen untersucht. In der Schweiz, Deutschland und Österreich kam es zu Entschädigungen für die wenigen Überlebenden des Holocaust und zur Auszahlung eingefrorener oder konfiszierter Vermögenswerte an deren Nachkommen.¹⁷ Selbst die nordischen Länder wurden von dieser Welle der Selbstbesinnung erfasst, die sich über Europa und möglicherweise in die ganze Welt ausgebreitet hat – mit bis heute einer bemerkenswerten Ausnahme: die USA.

Europa und den USA ist das Bemühen um ein angemessenes Gedenken an den Holocaust gemeinsam; es wäre wohl kaum übertrieben zu sagen, die USA befänden sich in dieser Frage an vorderster Front. Über dieses Thema hinaus sind die USA und die Mehrheit der europäischen Staaten jedoch nur selten einer Meinung darüber, welche Regeln im in-

ternationalen System gelten sollten. Anders als in den Nachkriegsjahren treten die USA zunehmend als globale Supermacht auf, die keinen Anlass sieht, sich von international verbindlichen Vereinbarungen Fesseln anlegen zu lassen. Dies steht in scharfem Kontrast zu einem Europa, das nicht nur eine gemeinsame europäische Verantwortung für den Holocaust anerkannt hat, sondern aus seiner blutigen Vergangenheit gelernt hat, wie notwendig es ist, staatliches Handeln mittels bindender Institutionen zu regulieren. So wird der Internationale Strafgerichtshof für Völkermord und Kriegsverbrechen von eigenen, souveränen Rechtsgrundsätzen geleitet.

Folgt man Robert Kagan,¹⁸ so ist der Unterschied zwischen der europäischen und amerikanischen Weltsicht logisch und spiegelt die schwache Position Europas und die stetig wachsende Stärke der USA wider. Kagan sieht die beiden als Pole – hier die friedfertige, von der Idee des Wohlfahrtsstaates besessene, nachgiebige Venus, dort der ungehobelte und kriegslüsterne Mars. Trotz dieser populistischen Symbolik: Kagan trifft mit seiner Charakterisierung einen Nerv. Die Amerikaner treten auf globaler Ebene bestimmt und aggressiv auf, während die Europäer um sich selbst zu kreisen scheinen, um ihren Wohlstand und ihre friedfertige Außenpolitik – nicht unbedingt, weil die Europäer dies so wünschen, sondern weil sie dies angesichts des Friedens und der Zusammenarbeit nach dem langen europäischen Bürgerkrieg des 20. Jahrhunderts, nach zwei Weltkriegen und der Teilung Europas im Kalten Krieg nicht mehr anders können oder wollen.

Es grenzt an ein Wunder, dass aus den Ruinen eines jahrhundertelangen mörderischen Wettstreits zwischen Frankreich und Deutschland die Fundamente eines Systems der Zusammenarbeit erwachsen konnten, das wir heute als Europäische Union kennen. Die EU ist ein zweckgerechtes Imperium, das sich bei der Aufrechterhaltung seiner Stärke nicht auf militärische Macht verlässt und oft gerade deshalb geschmäht wird, etwa, als die Mitgliedstaaten das völkermordende serbische Regime im Kosovo nicht zügeln konnten und erst dann wirkungsvoll handelten, als die USA die Führung übernahmen.

¹⁴ Vgl. Winfried Baumgart, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 16 (1968), S. 120–149.

¹⁵ Vgl. Stéphane Courtois u. a., *Le livre noir du communisme*, Paris 1997.

¹⁶ Ein Überblick über zeitgenössische Forschungen und Debatten bei S. Jensen (Anm. 1).

¹⁷ Vgl. Richard Z. Chesnoff, *Pack of Thieves*, New York 1999.

¹⁸ Vgl. Robert Kagan, *Paradise and Power*, New York 2002.

Heute ist die EU ein wirtschaftlich und kulturell attraktives Imperium, das ökonomisch interveniert und im Gefolge der militaristischen Friedensschaffung der USA versucht, die Aufräumarbeiten zu erledigen. In der internationalen Politik stellt die EU vor allem eine normative Macht dar. Es ist ihren Mitgliedstaaten gelungen, die Früchte des Wirtschaftswachstums gerechter unter ihren Bürgern zu verteilen, als dies in den scheinbar dynamischeren USA der Fall ist, ohne dabei ihre Innovationskraft aufs Spiel zu setzen. Vielleicht sollten wir diesem europäischen System das Etikett „neu“ verpassen und die von sich so überzeugte, atavistische und kriegerische amerikanische Politik als „alt“ bezeichnen.

Die Holocaust-Gedenktage sind für die Europäer eine gute Gelegenheit darüber nachzudenken, wie eine Wiederholung der Verbrechen von Nationalsozialisten, Kommunisten und anderen totalitären Regimen und Ideologien des 20. Jahrhunderts verhindert werden kann. Diese Zeit war trotz ihres technologischen und wirtschaftlichen Fortschritts ein „dunkles Jahrhundert“.¹⁹ In erster Linie aufgrund der geographischen Lage ist es den Amerikanern zumindest bis vor kurzem erspart geblieben, sich diesen dunklen Seiten der Moderne aussetzen zu müssen. Deshalb hat der Holocaust in den USA – ebenso wie in Israel – eine andere Bedeutung. Diese Unterschiede müssen die USA und Europa jedoch nicht davon abhalten, auf Feldern der „Erinnerungspolitik“ zusammenzuarbeiten.

Viele Dinge können Bestandteil einer neuen Moral in der internationalen Politik sein. Werte und die Übernahme von Verantwortung für Verbrechen der Vergangenheit haben Eingang in Recht und Politik gefunden. Eine Gefahr liegt darin, dass diese Politik zu einem hohlen, schlimmer noch: scheinheiligen „Moralismus“ degeneriert. Dies zu verhindern ist eine weitere Aufgabe für die EU als normative Macht in der internationalen Politik.

¹⁹ Mark Mazower, *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, New York 1998.

Andreas Eckert

Der Kolonialismus im europäischen Gedächtnis

Anfang der 1990er Jahre beklagte der französische Historiker Benjamin Stora, ein Spezialist für die Geschichte des Algerienkrieges, dass das vielerorts mit Gewalt verknüpfte Ende des französischen Kolonialreichs im Bewusstsein der Bevölkerung des Hexagons, also Frankreichs, kaum mehr präsent sei.¹ Die offizielle Erinnerungspolitik Frankreichs verdrängte in der Tat lange Zeit die Ereignisse in den Kolonien.

Der Algerienkrieg etwa blieb in der staatlichen Sprachregelung eine „Operation zur Aufrechterhaltung der Ordnung“, ein Krieg ohne Namen. Vor wenigen Jahren jedoch wurde die *Grande Nation* mit Macht von ihrer kolonialen Vergangenheit in Nordafrika eingeholt. In „Le Monde“ erschien Anfang 2000 der Bericht einer ehemaligen Aktivistin der algerischen Befreiungsbewegung, die eindringlich ihre drei Monate währende Folter durch die französische Armee schilderte. Einige Monate später beschrieb General Paul Aussaresses minutiös die Foltermethoden der Militärs und löste ein gewaltiges öffentliches Echo aus.² Ohne Reuegefühle gestand er ein, 24 Gefangene eigenhändig getötet zu haben. Aussaresses und seine Verleger wurden wegen „Rechtfertigung von Kriegsverbrechen“ zu Geldstrafen verurteilt.

An wissenschaftlichen Publikationen zum Algerienkrieg hat es seit den 1960er Jahren nicht gemangelt. Sie gerieten jedoch kaum in

Andreas Eckert

Dr. phil, geb. 1964; Professor für die Geschichte Afrikas an der Humboldt Universität zu Berlin, Institut für Asien- und Afrikawissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
andreas.eckert@asa.hu-berlin.de

¹ Vgl. Benjamin Stora, *La Gangrène et l'oubli: la mémoire de la guerre d'Algérie*, Paris 1991.

² Vgl. Paul Aussaresses, *Service Spéciaux. Algérie 1955–1957*, Paris 2001.

das Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit. Das änderte sich vor einigen Jahren ebenfalls nachdrücklich. Als Raphaëlle Branche im Dezember 2000 an der Sorbonne ihre Doktorarbeit über Folter und Armee während des Krieges verteidigte, war dieses Ereignis der Tageszeitung „Le Monde“ sogar einen Bericht auf der Titelseite wert. Die kurz darauf publizierte Studie¹³ zeichnete auf der Basis von Archivdokumenten und Interviews sorgfältig die Praktiken der französischen Streitkräfte nach. Die Historikerin wies mit Nachdruck die Behauptung zurück, die weit verbreitete Anwendung der Folter habe rein militärischen Zwecken gedient. Die Gewalt sei, so Branche, primär Teil einer Politik des gezielten Terrors gewesen, um die Nationalisten zu brechen. Erst in zweiter Linie sei es darum gegangen, Informationen aus den Gefangenen zu pressen.

Das Ende der Amnesie

Die zeitweilig mit großem Furor geführten, nun scheinbar aber wieder abgeflauten öffentlichen Debatten über den Algerienkrieg verweisen auf das fatale Erbe, welches das französische Kolonialsystem und sein durch Gewalt geprägtes Ende im heute noch immer vom Bürgerkrieg zerrütteten Algerien hinterlassen haben. Vor allem aber thematisieren diese Diskussionen, die sich inzwischen keineswegs auf Algerien beschränken, die Auswirkungen auf Frankreich selbst.¹⁴ Denn in Frankreich schlägt das Empire seit einiger Zeit sichtbar zurück. Das belegen nicht nur die gewalttätigen Ausschreitungen in den Pariser Vororten. Heftige Reaktionen hat ein vor knapp drei Jahren von der Nationalversammlung verabschiedetes Gesetz ausgelöst, welches die angeblich „positive Rolle“ des französischen Kolonialismus in den Rang einer gesetzlich festgeschriebenen und damit gleichsam unumstößlichen historischen Wahrheit zu erheben beanspruchte. Angesichts des heftigen Gegenwindes entschied sich Präsident Jacques Chirac, die entsprechende Passage ein Jahr später wieder aus

dem Gesetzestext zu streichen. Dass in Frankreich weiterhin ein verklärtes, unkritisches Bild der kolonialen Vergangenheit vorherrscht, sehen zahlreiche Kritiker im 2006 neu eröffneten Musée Quai Branly bestätigt, dessen Ausstellungen weiterhin von kolonialen Perspektiven geprägt seien.¹⁵

Politisch korrekter agierte der Élysée-Palast bei einem anderen heiklen Thema. Bereits 2001 erkannte Frankreich als erster Staat überhaupt mit einem von der Abgeordneten Christine Taubira eingebrachten Gesetz die Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, und an jedem 10. Mai gedenkt das Land nun feierlich der Abschaffung der Sklaverei. Dieses Feld der Erinnerungspolitik ist jedoch ebenfalls Gegenstand zum Teil erbitterter öffentlicher Dispute.¹⁶ Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten die Kontroversen vor zwei Jahren, als ein *Collectif des Antillais, Guyanais, Réunionnais* den Historiker Olivier Pétré-Grenouilleau vor dem Zivilgericht in Paris verklagte. Dieser hatte in seiner 2004 veröffentlichten, preisgekrönten Studie „Les Traites négrières. Essai d’histoire globale“ auf die eigentlich bekannte Tatsache verwiesen, dass der Sklavenhandel nur durch die Beteiligung williger afrikanischer Helfer möglich war. In einem Zeitungsinterview verwahrte er sich überdies dagegen, den Sklavenhandel als Genozid zu bezeichnen. Es sei nicht darum gegangen, ein Volk zu vernichten: „Der Sklave war eine Ware, besaß einen kommerziellen Wert und sollte so viel wie möglich arbeiten.“¹⁷

Diese Aussagen erregten den Zorn karibischer Intellektueller, die darin eine Beleidigung der Opfer des Sklavenhandels und ihrer Nachkommen sahen. Pétré-Grenouilleau sah sich auf eine Stufe mit den Holocaust-Leugnern des Front National gestellt und als dreister Geschichtsfälscher diffamiert. Eine Vortragseinladung nach Guyana wurde zurückgenommen. Als Antwort auf diese Kampagne formulierten 19 bekannte Historiker, darunter Pierre Nora, eine Petition, in der sie die ständigen politischen und rechtlichen Inter-

¹³ Vgl. Raphaëlle Branche, *La Torture et l’Armée pendant la Guerre d’Algérie, 1954–1962*, Paris 2001.

¹⁴ Vgl. Benjamin Stora/Mohammed Harbi, *La Guerre d’Algérie: 1954–2004, la fin d’amnésie*, Paris 2004; Todd Shepard, *The Invention of Decolonization. The Algerian War and the Remaking of France*, Ithaca/N.Y. 2006.

¹⁵ Vgl. Dominic Thomas, *Le musée du Quai Branly: actualité et devenir. Entretien croisé avec Jean-Pierre Mohu*, in: *Cultures du Sud*, 165 (April–Juni 2007), S. 36–41.

¹⁶ Vgl. Françoise Verge, *Les troubles de la mémoire: traite négrière, esclavage, et écriture de l’histoire*, in: *Cahiers d’Etudes Africaines*, 179–180 (2005).

¹⁷ *Le Journal du Dimanche* vom 12. 6. 2005.

ventionen bei der Interpretation der Vergangenheit beklagten. In einer dramatisch-radikalen Geste forderten sie die Aufhebung diverser Gesetze, welche die Erinnerung staatlich zu regeln suchen. In ihrer Intention sind die von Nora und seinen Mitstreitern inkriminierten Gesetze zwar unterschiedlich, denn das eine schreibt ein positives Kolonialismusbild vor, das andere verdammt die Sklaverei, ein drittes erkennt die türkischen Massenmorde an den Armeniern als Genozid an. Doch alle, so argumentierten die Petenten, schränken die Freiheit der Historiker ein und behinderten die Ausübung historischer Forschung und Reflexion. Dass diese Petition Gegenstimmen provozierte, war wenig überraschend. Der Historiker und Migrationsforscher Gérard Noiriel etwa mokierte sich, es sei absurd, sich von der Abschaffung von bestimmten Gesetzen das Ende der gegenwärtigen Erinnerungskontroversen zu erhoffen. Immerhin wurde die Klage gegen Pétrel-Grenouilleau zurückgenommen.¹⁸

Trotz seiner im 20. Jahrhundert höchst repressiven Politik gegenüber außereuropäischen Immigranten war Frankreich stets von der Präsenz wichtiger schwarzer Künstler und Intellektueller geprägt. Die Arbeiten dieser Personengruppe sind Teil einer globalen Kultur geworden.¹⁹ Gleichzeitig lässt sich gerade in Frankreich beobachten, wie die Globalisierung mit Ausschluss und Abgrenzung einhergeht. Die Kapitalströme mögen grenzenlos fließen, Zuwanderer mit schwarzer Hautfarbe sehen sich mit immer neuen Grenzen konfrontiert.¹⁰

Die gegenwärtige Generation der Immigranten ist freilich nicht die erste, die zu spüren bekommt, dass das heilige Motto „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in der gesellschaftlichen Wirklichkeit eher selten praktiziert wird. Das mussten etwa die zahlreichen afrikanischen Soldaten (*Tirailleurs*) erfahren, die in den beiden Weltkriegen für Frankreich kämpften und starben. Viele der

noch lebenden afrikanischen Kriegsveteranen sind der Überzeugung, dass Frankreich ihre Leistungen und Opfer niemals angemessen gewürdigt, geschweige denn finanziell adäquat kompensiert hat. Die Figur des afrikanischen *Ex-Tirailleurs* ist in der politischen Sphäre des postimperialen Frankreichs noch heute bedeutsam. Die Erinnerungen der Soldaten provozieren weiterhin grundlegende Fragen über Geschichte, Verpflichtung und politische Gemeinschaft im Gefolge des französischen Kolonialreichs. Diese Fragen erlauben es den Afrikanern, ein Bild der Kolonialzeit zu entwerfen, in der sie oder ihre Vorfahren nicht nur Opfer waren. Sie ermöglichen Veteranen, Einwanderern und anderen, Forderungen an den französischen Staat zu stellen und auch eine gemeinsame Geschichte des Kampfes für die Befreiung Frankreichs vom Faschismus zu evozieren.¹¹

Koloniale Vergangenheit und nationale Identität

Die Rückwirkungen der kolonialen Erfahrung sind freilich nicht nur in Frankreich, sondern in den meisten ehemaligen europäischen Kolonialmächten zu einem wichtigen Thema geworden, welches nicht allein die Fachwissenschaft, sondern auch die Öffentlichkeit und gelegentlich die Politik beschäftigt. Am deutlichsten manifestiert sich das Interesse an den Folgen der kolonialen Vergangenheit für die Gegenwart neben Frankreich wohl in Großbritannien. Das Empire schlug auf der Insel in vielfältiger Form zurück, nicht zuletzt in Gestalt verstärkter Migration aus den (ehemaligen) Kolonialgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg.¹² In den *Satanic Verses* hat Salman Rushdie, selbst ein „Kind des Empire“, für die in seinen Augen immense Bedeutung des Weltreichs für die britische Geschichte die eindringliche Formulierung gefunden, nach der „das Problem der Engländer darin besteht,

¹⁸ Vgl. Luc Daireux, *L’Affaire Olivier Pétrel-Grenouilleau. Éléments de chronologie*, 4. 1. 2006: www.clionautes.org/spip.article925 (8. 11. 2007).

¹⁹ Vgl. Dominic Thomas, *Black France. Colonialism, Immigration, and Transnationalism*, Bloomington 2006.

¹⁰ Vgl. Jean-François Bayart, *Le gouvernement du monde. Une critique politique de la globalisation*, Paris 2004.

¹¹ Vgl. Gregory Mann, *Native Sons. West African Veterans and France in the Twentieth Century*, Durham/N.C. 2006.

¹² Vgl. Andrew Thompson, *The Empire strikes back? The Impact of Imperialism on Britain from the mid-nineteenth century*, London u. a. 2003. Die Grundzüge der Migration aus den Kolonien nach Großbritannien werden zusammengefasst von Kenneth Lunn, Großbritannien, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hrsg.), *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007, S. 68–84.

dass ihre Geschichte im wesentlichen in Übersee stattgefunden hat und sie daher ihre Bedeutung nicht verstehen“ könnten.¹³ Die britische Kolonialgeschichte fand aber nicht nur in Übersee, sondern gleichsam auch in Großbritannien selbst statt und hinterließ dort ebenfalls ihre Spuren.

Es ist eine alte Frage, ob und in welcher Weise überseeische Besitzungen und Aktivitäten auf das „Mutterland“ zurückwirken. In seiner 1883 publizierten, äußerst populären Studie „The Expansion of England“ konnte sich Sir John Seeley, Königlicher Professor an der Universität Cambridge, die Schaffung des britischen Empire nur als einen „Akt von Geistesabwesenheit“ vorstellen. Damit wollte er freilich nicht suggerieren, die imperialen Eroberer und Prokonsuln hätten nicht gewusst, was sie taten. Seeley betrubte vielmehr die Tatsache, dass die Mehrheit der Briten nicht das geringste Interesse und nur wenige Kenntnisse über die imperialen Unternehmungen ihres Landes offenbarten. In seinem Buch notierte er mit Bestürzung, dass „wir immer noch annehmen, wir seien lediglich eine Rasse, die eine Insel vor der nördlichen Küste des europäischen Kontinents bewohnt“.

Seeley zufolge war Großbritannien hingegen eine imperiale Nation *sui generis*, für deren Selbstverständnis und Eigendefinition die Expansion konstitutiv war. Lange Zeit konnte sich diese Sichtweise jedoch nicht durchsetzen. Es birgt eine gewisse Ironie, dass das akademische Interesse am Empire und den Rückwirkungen der imperialen Erfahrungen auf das „Mutterland“ sich erst zu dem Zeitpunkt intensivierte, als das britische Weltreich längst Geschichte war. Bis vor knapp zwei Dekaden noch litten jene, die sich mit dem britischen Imperialismus beschäftigten, unter ihrem Image als reaktionäre Militaristasammler, die längst vergangener Größe nachtrauerten. Auf dem Markt des Wissens drängt sich derweil jedoch eine Vielzahl von Studien, die auf unterschiedliche Weise die These zu belegen suchen, dass das Empire einen fundamentalen Bestandteil britischer Kultur und nationaler Identität gebil-

det habe.¹⁴ Linda Colley wagte sich gar mit der Behauptung vor, dass eine britische Identität erst in bewusster Abgrenzung zum „kolonisierten Anderen“ entstanden sei.¹⁵

Es ist inzwischen populär geworden, nahezu jeden zentralen Aspekt in der britischen Gesellschaft mit dem Imperialismus (und seinen Nachwirkungen) in Verbindung zu bringen. Dabei wird der Bogen überspannt, gleichsam eine Überkompensation jahrzehntelanger Vernachlässigung dieser Dimension. Dem Enthusiasmus, jedem Theaterstück, jeder Konsumgewohnheit eine imperiale Agenda zu unterstellen, stellte etwa der Historiker Bernard Porter ein gerüttelt Maß an Skepsis entgegen. Großbritannien mag ein Weltreich besessen haben, in dem zeitweilig die Sonne nie unterging; die Briten, schreibt er, hätten dem Empire gegenüber mehrheitlich jedoch ignorant oder bestenfalls indifferent gegenübergestanden. Vor allem aber habe es zu keinem Zeitpunkt eine einzige, einheitliche „imperiale Kultur“ gegeben, von der die Nation durchsetzt oder geprägt gewesen sei. Dazu sei, argumentiert Porter, das britische Weltreich ein viel zu großes, vielschichtiges und zerklüftetes Gebilde gewesen. Aber auch Großbritannien war und ist eine sehr komplexe Gesellschaft, charakterisiert durch religiöse, politische, regionale und Klassengrenzen. Unter diesen Umständen mache die Vorstellung von einer monolithischen, in das Empire „getränkten“ nationalen Kultur keinen Sinn.¹⁶

Es gibt also gute Gründe, daran zu zweifeln, ob das britische Weltreich selbst auf dem Höhepunkt seiner Macht tatsächlich so bedeutsam für das Leben der Mehrheit der Briten gewesen ist, wie vielfach behauptet wird. Aber wie ist es dann möglich, dass zwar der Einfluss des Empire in der Vergangenheit eher be-

¹³ Salman Rushdie, Die Satanischen Verse, München u. a. 1989, S. 337. Zur Bedeutung von Literatur im Kontext von postkolonialen Gesellschaften vgl. Bill Ashcroft u. a., The Empire writes back. Theory and practice in post-colonial literatures, London 1989.

¹⁴ Vgl. etwa Peter J. Cain/Anthony G. Hopkins (Hrsg.), British Imperialism, 2 Bde., London–New York 1993; John M. MacKenzie, The Popular Culture of Empire in Britain, in: Judith M. Brown/Wm. Roger Louis (Hrsg.), Oxford History of the British Empire, Bd. 4: The Twentieth Century, Oxford 1999, S. 212–231; David Cannadine, Ornamentalism. How the British saw their Empire, London 2001.

¹⁵ Linda Colley, Britons. Forging the Nation 1707–1837, New Haven–London 1992.

¹⁶ Vgl. Bernard Porter, The Absent-Minded Imperialists. What the British really thought about empire, Oxford 2004.

grenzt war, die Erinnerungen an das Weltreich für die Gegenwart und Zukunft der britischen Gesellschaft jedoch von großer Relevanz sind? Die Mehrzahl der Briten zeigt sich seit dem Zweiten Weltkrieg jedenfalls unfähig, mit dem durch das Ende des Empire hervorgerufenen, tiefgreifenden Wandel in der nationalen Identität angemessen umzugehen. Die mit dem imperialen Projekt verknüpfte Schuld und die Trauer um das verloren gegangene Weltreich werden noch immer weitgehend verdrängt. Anstelle einer Aufarbeitung lässt sich eher die Flucht in einen übersteigerten Narzissmus, in das künstliche Paradies einer homogenen Identität beobachten.

Diese Flucht findet ihren Ausdruck etwa in Xenophobie und der Leugnung der real existierenden Multikulturalität in den großen Städten. Die Frage der Einwanderung der „Kinder des Empire“ nach Großbritannien avancierte in den 1960er Jahren zu einem Politikum ersten Ranges und ist seither nicht mehr aus den öffentlichen Debatten verschwunden. Während sich ein Großteil der Presse zunächst noch gegen eine Beschränkung der Einwanderung wandte, war die Reaktion der Bevölkerung auf die zunehmende Immigration „farbiger“ Commonwealth-Bürger eindeutig negativ. Schon bald schwenkte die Politik auf einen immigrationsfeindlichen Kurs. Die Gegner einer fortgesetzten Einwanderung aus dem Commonwealth fürchteten zum einen um die nationale Identität Großbritanniens, zum anderen galten ihnen Immigranten als dreiste Nutznießer wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen. Rasseideologien sind in Teilen der Bevölkerung besonders nach dem 11. September 2001 wieder auf dem Vormarsch und manifestieren sich auf vielfältige Weise: in hysterischen Debatten über Asylbewerber, in Feindseligkeiten gegenüber Einwanderern aus Osteuropa, in der Furcht vor „schwarzen“ Gewaltverbrechern und vor allem in der Angst, von fremden, insbesondere muslimischen Terroristen infiltriert zu werden. Demgegenüber wird aber in den größeren Städten auch Multikulturalität von Jugendlichen aller Hautfarben auf allen Ebenen der populären Kultur praktiziert.¹⁷

Vor diesem Hintergrund ist die Erinnerung an Sklavenhandel, Kolonialherrschaft und

Dekolonisation in Großbritannien zur Zeit widersprüchlich. Vor allem das Gedenken an die Sklaverei ist allgegenwärtig.¹⁸ Formaler Anlass ist die zweihundertjährige Wiederkehr der Entscheidung des britischen Unterhauses, den Sklavenhandel mit britischen und anderen Kolonien für unrechtmäßig zu erklären. Vor einem Jahr bereits hatte der damalige Premierminister Tony Blair noch einmal seine Trauer, sein „tiefes Bedauern“ über die schätzungsweise knapp vier Millionen afrikanischen Sklaven ausgedrückt, die allein auf britischen Schiffen in die so genannte Neue Welt verschleppt wurden, um auf den dortigen Plantagen Zwangsarbeit zu leisten. Unter Führung des Erzbischofs von Canterbury gedachte man in London mit einem *walk of witness* diesem traurigen Kapitel der Menschheitsgeschichte. In Liverpool, dem seinerzeit wichtigsten englischen Hafen für den Sklavenhandel, das im Zentrum der Festlichkeiten zum 200. Jahrestag der *Abolition* steht, öffnete im August 2007 das *International Slavery Museum* seine Tore, das, wie die Webpage verheißt, „ein größeres Bewusstsein für das Erbe der Sklaverei vermitteln“ will.

Auch in vielen anderen englischen Städten laufen große Ausstellungsprojekte an. Im Londoner *Museum in Docklands* wurde eine Dauerausstellung zum Thema „London, Zucker und Sklaverei“ eröffnet. Das nordenglische Hull feiert den berühmtesten Sohn der Stadt, William Wilberforce, ein Evangelikaler und begnadeter Redner zudem, der im britischen Parlament die Kampagne zur Abschaffung des Sklavenhandels anführte. Indes beklagen nicht wenige Kritiker, dass es bei diesem „Erinnerungshype“ weniger um Sklaverei gehe als darum, sich irgendwie gut zu fühlen und vermeintliche britische Werte wie Demokratie und Toleranz in Zeiten des Kriegs gegen den Terror zu zelebrieren. Bereits vor zweihundert Jahren wurde der Kampf gegen Sklavenhandel und Sklaverei zu einem Emblem nationaler Tugend, ein Mittel, mit dem sich die Briten ihrer angeborenen Freiheitsliebe und ihrer moralischen Überlegenheit gegenüber anderen Völkern versichern konnten. Auch das Ende der britischen Kolonialherrschaft in Afrika und Asien wurde lange Zeit zum Ausdruck einer libera-

¹⁷ Vgl. Paul Gilroy, *After Empire. Melancholia or Convivial Culture?* Oxford–New York 2004.

¹⁸ Vgl. Stephen Farrell/Melanie Unwin/James Walvin (Hrsg.), *The British Slave Trade: Abolition, Parliament and People*, Edinburgh 2007.

len Denkungsart erklärt, gar zu einer Erfolgsgeschichte aus dem Geist angelsächsischer Freiheitsliebe stilisiert.¹⁹

Dieses Bild hat nicht zuletzt infolge der jüngsten Debatten über das Vorgehen der britischen Armee während des Mau-Mau-Krieges im Kenia der 1950er Jahre nachhaltig Risse bekommen. Eine Dokumentation der BBC sowie die Anfang 2004 zeitgleich publizierten Bücher von David Anderson und Caroline Elkins räumten nachhaltig mit dem verbreiteten Bild vom friedlichen Ende der britischen Kolonialherrschaft in Afrika auf.²⁰ Ihre Studien weckten in Großbritannien unangenehme, lange verdrängte Erinnerungen an ein dunkles Kapitel der eigenen Kolonialgeschichte. Die Briten charakterisierten seinerzeit den Kampf gegen Mau Mau zur Unterdrückung einer antikolonialen Revolte in Kenia als Krieg zwischen Wildheit und Zivilisation, als Rebellion von Afrikanern, die mit der Moderne nicht zurecht kamen und sich in eine primitive tribale Vergangenheit flüchteten, um das Rad des Fortschritts aufzuhalten. Die bedeutendste Chronistin der weißen Siedlergesellschaft Kenias, Elspeth Huxley, nannte Mau Mau „den Schrei aus dem Sumpf“.

Die britische Kolonialverwaltung reagierte mit massiver Härte gegen die Rebellion, die vor allem vom Volk der Kikuyu getragen wurde. 95 getöteten Europäern, davon 32 Zivilisten, standen über zwanzigtausend tote Afrikaner gegenüber. Während des gut sieben Jahre dauernden Krieges wurden mehr als eintausend Afrikaner auf der Grundlage von hastig verabschiedeten Antiterrorgesetzen gehängt, weit mehr als in jedem anderen kolonialen Konflikt, Algerien eingeschlossen. Rund siebzigtausend Einheimische wanderten ohne Prozess oft für mehrere Jahre in Gefängnisse und Internierungslager, wo die Administration sie rigorosen Umerziehungsprogrammen unterwarf. Über einhunderttausend Menschen wurden umgesiedelt. Das koloniale Kenia war in den 1950er Jahren, schrieb David Anderson, ein brutaler Polizeistaat: „In ihrem Versuch, Einfluss und

Autorität aufrechtzuerhalten, wurde die britische Regierung, die ein Jahrzehnt zuvor im Zweiten Weltkrieg aufrecht gegen die Tyrannei gekämpft hatte, selbst zum Tyrann.“

Die Bücher von Anderson und Elkins lösten in Großbritannien sogleich eine intensive öffentliche Debatte aus. „Unser Guantánamo“, überschrieb der „Guardian“ einen Artikel zum Thema Mau Mau, und die Wochenzeitschrift „Economist“ verwies ebenfalls auf Parallelen zwischen dem britischen Verhalten in Kenia und der amerikanischen Außenpolitik unter George W. Bush. Wichtige gemeinsame Aspekte seien in diesem Zusammenhang das fehlende Verantwortungsbewusstsein, die grobe Rechtssprechung, das Ignorieren internationaler Konventionen, die Misshandlung von Gefangenen sowie Inhaftierungen ohne ordentliches Gerichtsverfahren. Der Historiker Stephen Howe beklagte im „Independent“ das damalige Versagen der britischen Intellektuellen. Im Vergleich zum Engagement von Jean-Paul Sartre, Albert Camus und anderen gegen die im Algerienkrieg von Frankreich begangenen Verbrechen sei die Reaktion der britischen Denker und Künstler auf die Gewaltexzesse in Kenia beschämend zurückhaltend ausgefallen. Auf öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zum kolonialen Krieg in Kenia wurden überdies Forderungen laut, noch lebende Mitarbeiter aus der Kolonialverwaltung juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Andere riefen nach Reparationen.

Wir nicht, die Anderen auch

Die Angst vor Reparationen hält viele europäische Politiker bis heute davon ab, sich öffentlich und explizit für die kolonialen Verbrechen zu entschuldigen. Dies gilt auch im Falle Deutschlands, das in seiner nur dreißig Jahre währenden kolonialen Herrschaft zwei der umfassendsten und brutalsten Kolonialkriege führte: 1904 bis 1908 den Krieg gegen die Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia) sowie 1905 bis 1907 den so genannten Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika (heute Tansania).²¹

¹⁹ Vgl. Gerhard Altmann, Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens, Göttingen 2005.

²⁰ Vgl. David Anderson, *Histories of the Hanged. Britain's Dirty War in Kenya and the End of the Empire*, London 2005; Caroline Elkins, *Britain's Gulag. The Brutal End of Empire in Kenya*, London 2005.

²¹ Vgl. Jürgen Zimmerer/Joachim Zeller (Hrsg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen*, Berlin 2003; Felicitas Becker/Jigal Beez (Hrsg.), *Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905–1907*, Berlin 2005.

Lange Zeit schien die koloniale Vergangenheit in Deutschland kein Interesse zu wecken. Dies hing zweifelsohne mit der verbreiteten Neigung zusammen, Kolonialismus und Kolonialherrschaft gleichzusetzen und so Deutschland einen Platz am Rande kolonialer Verwicklungen zuzuweisen. Der deutsche Kolonialbesitz war ja in der Tat ökonomisch wenig bedeutend und insgesamt nur von kurzer Dauer. Deutschland blieb von imperialen Folgeproblemen scheinbar unberührt. Die „Bewältigung“ der nationalsozialistischen Vergangenheit und des Holocaust sowie die Westintegration standen im Kontext des Kalten Krieges auf der politischen Agenda weit oben. In diesem Zusammenhang waren Politiker zwar bereit, in einem gewissen Maß die fatale Rolle des Antisemitismus in der deutschen Geschichte zu konzessieren, kolonialer Rassismus und die Ausbeutung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas hingegen waren in diesem Blickwinkel Dinge, welche „die Anderen“ zu „bewältigen“ hatten. Die Bundesrepublik Deutschland konnte sich in den ersten Dekaden sogar als gleichsam unbelasteter Partner in der Entwicklungszusammenarbeit präsentieren, dessen Politik frei von neokolonialen Interessen war.

Die Debatte über den Herero-Krieg gewann nicht zuletzt deswegen an Brisanz, weil sie mit dem zentralen Fluchtpunkt der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verknüpft ist: Nationalsozialismus und Holocaust. Besonders der inzwischen an der Universität Sheffield lehrende Historiker Jürgen Zimmerer hat diese Debatte geprägt, auch durch zahlreiche Beiträge in Tageszeitungen. Während ihm viele in der These folgen, der Krieg der deutschen Schutztruppen gegen die Herero und Nama sei ein Genozid gewesen und zugleich Präludium für ein Jahrhundert des totalen Krieges, laufen sie gegen Zimmerers zweite, in Anlehnung an Hannah Arendt formulierte These Sturm: dass nämlich die nationalsozialistische Eroberungs- und Vernichtungspolitik in ihren zentralen Begriffen wie „Rasse“ und „Raum“ in der Tradition des europäischen Kolonialismus stehe, ohne dass man die Verbrechen des Nationalsozialismus gradlinig auf den Kolonialismus zurückführen könne. Gleichwohl sieht Zimmerer eine Verbindung „von Windhuk nach Auschwitz“.¹²²

¹²² Jürgen Zimmerer, Von Windhuk nach Auschwitz. Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Ho-

In ihrer Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit in Namibia lavierte die deutsche Regierung beträchtlich, indem sie sich zwar zu einer „besonderen Verantwortung“ bekannte, eine finanzielle Entschädigung der Herero jedoch kategorisch ablehnte. Daher blieb eine offizielle Entschuldigung aus, und Außenminister Joschka Fischer und Bundeskanzler Gerhard Schröder vollführten bei ihren Staatsbesuchen in Namibia im Oktober 2003 bzw. Januar 2004 einen wahren Eiertanz, weil sie sich zwar „historisch verantwortlich“ präsentieren, eine Entschuldigung jedoch unbedingt vermeiden wollten. Erst Entwicklungsministerin Heide Wiecek-Zeul entschuldigte sich offiziell und auf sehr emotionale Weise im August 2004 im Rahmen einer Gedenkfeier in der namibischen Hauptstadt Windhuk: „Die damaligen Gräueltaten waren das, was man heute als Völkermord bezeichnen würde (...). Wir Deutsche bekennen uns zu unserer historisch-politischen und moralisch-ethischen Verantwortung und zu der Schuld, die wir damals auf uns geladen haben. Ich bitte Sie im Sinne des gemeinsamen ‚Vaterunser‘ um Vergebung unserer Schuld.“¹²³ Sogleich sah sich die Ministerin mit einer Presseerklärung des entwicklungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christian Ruck konfrontiert. Die Erklärung trug den marktschreierischen Titel: „Gefühlsausbruch der Entwicklungsministerin kann Steuerzahler Milliarden kosten – Überraschende Aussagen vor den versammelten Hereros und ihren Rechtsanwälten.“ Im Text war zu lesen: „Jetzt kann Wiecek-Zeuls Rede die entscheidende Wende zu Lasten Deutschlands bedeuten. Sie erhöht ohne jeden Grund das Prozessrisiko und belastet die Beziehungen zu Namibia insgesamt.“¹²⁴

Es blieb ein Sturm im Wasserglas. Die Entschuldigung der Ministerin löste keineswegs

locast, Münster 2007. Gegenposition bei Stephan Malinowski/Robert Gerwarth, Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Europäische Kolonialgewalt und nationalsozialistischer Vernichtungskrieg, in: Geschichte und Gesellschaft, 33 (2007) 3, S. 439–466.

¹²³ Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 16. 8. 2004, S. 2.

¹²⁴ Zitate nach: Janntje Böhlke-Itzen, Die bundesdeutsche Diskussion und die Reparationsfrage. Ein „ganz normaler Kolonialkrieg“?, in: Henning Melber (Hrsg.), Genozid und Gedenken. Namibisch-deutsche Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/M. 2005, S. 118.

Wiedergutmachungsklagen aus, inzwischen ist die Thematik ohnehin, so scheint es, aus dem öffentlichen Bewusstsein weitgehend wieder verschwunden. Der zweite große Kolonialkrieg mit deutscher Beteiligung, der Maji Maji-Krieg, konnte kaum öffentliches Interesse wecken. Dabei waren die Folgen dieses Krieges beziehungsweise der deutschen Kriegsführung ebenfalls von erheblichem Ausmaß: Deutsche Maschinengewehre und eine Taktik der „verbrannten Erde“ führten auf Seiten der afrikanischen Bevölkerung zu Hungersnöten, Epidemien und dem Zerfall sozialer Strukturen. Verlässliche Zahlen zu den Opfern des Krieges auf afrikanischer Seite liegen nicht vor. Schätzungen bewegen sich zwischen sechzig- und zweihunderttausend Toten.

Die kontroverse Erinnerung an den deutschen Kolonialismus manifestierte sich in den vergangenen Jahren häufig im Zusammenhang mit Denkmälern und der Schaffung von Erinnerungsorten.¹²⁵ Auffällig ist überdies die stark anwachsende Präsenz insbesondere des kolonialen Afrika in deutschen Büchern und Filmen. Der Internetversandhandel Amazon hat über 300 zwischen 1981 und 2006 publizierte Romane über Afrika im Angebot; 80 Prozent davon kamen in der Dekade nach Stefanie Zweigs 1995 veröffentlichten, sechs Jahre später verfilmten Bestseller „Nirgendwo in Afrika“ in den Buchhandel, offenbar auch in dem Versuch, vom enormen Erfolg dieses Titels zu profitieren. In diesem Zusammenhang wurde eine eher romantische Vorstellung vom kolonialen Leben in Afrika popularisiert. Interessant ist jedoch, dass die meisten dieser Romane in den britischen Afrikakolonien nach dem Ersten Weltkrieg spielen. Allerdings bilden zunehmend auch deutsche Kolonien den Hintergrund für große Fernsehmehrteiler wie der Anfang 2007 ausgestrahlte „Afrika, mon amour“.

Auch in anderen europäischen Ländern, die einst Kolonialmächte waren, rückt die ko-

loniale Vergangenheit zunehmend in den Fokus öffentlicher (und wissenschaftlicher) Debatten. In Belgien etwa lösten die Forschungen von Ludo de Witte über die Ermordung des ersten Premierministers des Kongo, Patrice Lumumba, die Einsetzung einer Untersuchungskommission aus, die in ihrem Abschlussbericht konstatierte, dass die belgische Bevölkerung unter einer „nicht akzeptierten Vergangenheit“ leide.¹²⁶ In Italien äußern Historiker die Hoffnung, dass die wachsende Präsenz oft „illegaler“ afrikanischer Migranten helfen wird, die lange verdrängte Erinnerung an die koloniale Vergangenheit des Landes zu mobilisieren.¹²⁷

Weitere Beispiele ließen sich hinzufügen. Die Debatten über die Bedeutung der kolonialen Vergangenheit für die Gegenwart laufen noch weitgehend im Rahmen nationaler Diskurse. Kolonialismus war jedoch ohne Zweifel ein europäisches Projekt. Die europäische Moderne ist nur schwer denkbar ohne Kolonialismus und Imperialismus. Europa realisierte sich in der Welt, in der Auseinandersetzung mit anderen Gesellschaften jenseits der eigenen Grenzen. Die europäische Expansion veränderte die Welt und mit ihr Europa. Sie prägte nicht nur die eroberten und kolonisierten Gebiete in Übersee, sondern auch die europäischen Staaten selbst. Bei der Ausgestaltung des „gemeinsamen Hauses Europa“ wird sich das „koloniale Erbe“ nicht in den Keller sperren lassen. Die weitgehend noch nationalstaatlich geführten Auseinandersetzungen werden in europäische Debatten münden.

¹²⁶ Vgl. Commission d'enquête parlementaire chargée de déterminer les circonstances exactes de l'assassinat de Patrice Lumumba et l'implication éventuelle des responsables politique belges dans celui-ci, Brüssel 2001; Ludo de Witte, Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo-Krise, Leipzig 2001.

¹²⁷ Vgl. Alessandro Triulzi, Displacing the Colonial Event: Hybrid memories of Postcolonial Italy, in: Fabrizio De Donno/Neelam Srivastava (Hrsg.), Colonial and Postcolonial Italy, Themenheft von Interventions, 8 (2006) 3, S. 430–443. Aufsehen erregten verschiedene Publikationen zum gezielten Giftgaseinsatz der italienischen Armee während des Abessinienkrieges, vgl. etwa Aram Mattioli, Experimentierfeld der Gewalt. Der Abessinienkrieg und seine internationale Bedeutung 1935–1941, Zürich 2005.

¹²⁵ Grundlegend dazu: Joachim Zeller, Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein. Eine Untersuchung der kolonialdeutschen Erinnerungskultur, Frankfurt/M. 2000. Vgl. für ein Fallbeispiel Heiko Möhle, Kolonialismus und Erinnerungspolitik. Die Debatte um die Hamburger „Askari-Reliefs“, in: Steffi Hobuß/Ulrich Lölke (Hrsg.), Erinnern verhandeln. Kolonialismus im kollektiven Gedächtnis Afrikas und Europas, Münster 2007, S. 196–213.

APuZ

Nächste Ausgabe

3/2008 · 14. Januar 2008

Biodiversität

Klaus Dierßen · Aiko Huckauf

Biodiversität – Karriere eines Begriffes

Tobias Plieninger · Oliver Bens

Biologische Vielfalt und globale Schutzgebietsnetze

Detlef Virchow

Erhaltung der Agrobiodiversität

Karin Holm-Müller · Sabine Täuber

Pakt über die biologische Vielfalt

Katrin Vohland · Ulrike Doyle · Wolfgang Cramer

Der Einfluss von Klimaveränderungen auf die Biodiversität

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal

Redaktionelle Mitarbeit:
Johannes Piepenbrink (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Europäische Nationalgeschichten **APuZ** 1–2/2008

Imre Kertész

3–6 **Europas bedrückende Erbschaft**

Eine Zivilisation, die ihre Werte nicht deutlich erklärt oder ihre erklärten Werte im Stich lässt, geht den Weg des Verfalls. Dann werden bald andere diese verkünden, und in den Mündern dieser anderen werden sie nicht mehr Werte sein, sondern Vorwände zu uneingeschränkter Macht und Zerstörung.

Stefan Berger

7–13 **Narrating the Nation: Die Macht der Vergangenheit**

Anhand von Ergebnissen eines von der European Science Foundation geförderten Projekts wird nach Wegen gefragt, eine nationalgeschichtliche Geschichtsschreibung zu überwinden. Nationalgeschichte als Infragestellung nationaler Identitätskonstruktionen könnte ein lohnendes Betätigungsfeld sein.

Wolfgang Schmale

14–19 **Geschichte der europäischen Identität**

Von innen betrachtet erscheint europäische Identität sehr fraglich, es herrschen Krisen und nationale Eigenheiten vor. Von außen betrachtet gilt die EU vielen als Paradies. Tatsächlich bietet sie einen Handlungsrahmen, innerhalb dessen sich die Frage nach Identität praxeologisch und nicht mehr imaginär stellt.

Attila Pók

20–25 **Der Kommunismus in ostmitteleuropäischen Nationalgeschichten**

Kommunistischen Ideologen und Machthabern ist es nicht gelungen, die kommunistischen Ideen mit den nationalen Ideologien der ostmitteleuropäischen Gesellschaften zu verschmelzen. Ostmitteleuropäischen Intellektuellen dürfte jedoch die Herausforderung supranationaler Identitäten nicht erspart bleiben.

Uffe Østergård

25–31 **Der Holocaust und europäische Werte**

Eine Welle der Selbstbesinnung hat Europa erfasst und ist Teil dessen, was Historiker „Erinnerungspolitik“ nennen. Die meisten europäischen Staaten bemühen sich darum, sich ihrer Vergangenheit zu stellen. Die Erinnerung an den Holocaust wird zur Grundlage einer gesamteuropäischen Verantwortung.

Andreas Eckert

31–38 **Der Kolonialismus im europäischen Gedächtnis**

Die Debatten über die Bedeutung der kolonialen Vergangenheit für die Gegenwart werden noch weitgehend im Rahmen nationaler Diskurse geführt. Kolonialismus war jedoch ein europäisches Projekt. Die nationalstaatlich geführten Auseinandersetzungen werden in europäische Debatten münden.